



Alternative für Deutschland
Landesverband Bremen

Wahlprogramm 2015

AfD Landesverband Bremen
Am Wandrahm 1
28195 Bremen

Nota: Der besseren Lesbarkeit halber haben wir in diesem Wahlprogramm auf emanzipatorisch korrekte aber umständliche Bezeichnungen verzichtet. Männliche Bezeichnungen gelten immer auch für das weibliche Geschlecht und umgekehrt, solange nicht die geschlechtliche Identität eindeutiger Inhalt der sachlichen Aussage ist.

Inhalt

1. Bildung, Familie und Soziales	3
1.1 Bildung	3
1.1.1 Vorschulische Erziehung	3
1.1.2 Schulische Bildung	4
1.1.3 Berufliche und universitäre Ausbildung	6
1.1.4 Bildung ist Sache der einzelnen Staaten	6
1.1.5 Sport und Schulsport	6
1.2 Familie und Zusammenleben	7
1.2.1 Familie	7
1.2.2 Gleichgeschlechtliches Zusammenleben	8
1.2.3 Gender	9
1.2.4 Menschen mit Beeinträchtigungen	9
1.2.5 Perspektive im Alter	10
1.3 Gesundheit	11
1.3.1 Die ärztliche Versorgung durch Krankenhäuser	11
1.3.2 Die ärztliche Versorgung der kommunalen Krankenhäuser	11
1.4 Soziales	11
1.4.1 Arbeitsmarkt	12
1.4.2 Kindeswohl	12
1.4.3 Obdachlosigkeit	13
1.4.4 Wohnen	13
2 Finanzen und Wirtschaft	15
2.1 Finanzen	15
2.2 Wirtschaft	17
2.3 Verkehr und Infrastruktur	19
2.3.1 Die aktuelle Planungslage	19
2.3.2 Die Rahmenbedingungen für ein ausgeglichenes Straßenverkehrskonzept	20
2.3.3 Überregionale Anbindung von Bremen	20
2.4 Energie	21
2.4.1 Erzeugung	21
2.4.2 Fracking und Biogasanlage	21
2.4.3 Speicherung	22
2.4.4 Transport	22
2.4.5 Erblasten	22
2.5 Umwelt	22
2.6 Tourismus	24
2.7 Digitalökonomie	24
2.7.1 Einsatz quelloffener Software für alle Verwaltungsaufgaben	25
2.7.2 Unabhängigkeit von auf dem Markt befindlicher möglicherweise manipulierter Hardware	26
2.7.3 Förderung von Ende zu Ende Verschlüsselung	26

2.7.4	Die Bremischen Dokumente der Stadtgeschichte	26
2.8	Verbraucherschutz und Freihandelsabkommen	27
3	Innere Sicherheit	29
3.1	Prävention / Resozialisierung	29
3.2	Konsequenter Umgang mit jugendlichen Straftätern	30
3.3	Konsequente Verfolgung von Straftaten	30
3.4	Organisierte Kriminalität.....	31
3.5	Rückführung straffällig gewordener Ausländer	31
3.6	Verbesserung des Schutzes von Gesundheit und Leben von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden	31
3.7	Besserer Schutz von älteren und körperlich-/ geistig eingeschränkten Menschen.....	32
3.8	Sachgerechte Tierhaltung	32
3.9	Effektive Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution	32
3.10	Gewährleistung einer effektiven Arbeit der zuständigen Behörden	33
3.11	Abschreckung durch bedarfsorientierte Video-Überwachung	33
3.12	Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus, Rassismus und Deutschlandfeindlichkeit	34
3.13	Bekämpfung des religiösen Extremismus.....	35
4	Integration und Zuwanderung	36
4.1	Kanadisches Modell.....	36
4.2	Religiöse Ausübung	37
4.3	Organisation.....	37
4.4	Pädagogische Aufbereitung Welterfahrung	38
4.5	Einwanderer für Deutschland.....	38
4.6	Multikulturalismus und Nation	38
5	Lebendige Demokratie	40
5.1	Informationsfreiheit und Transparenz	41
5.2	Neue Wege und Finanzierung im Kampf gegen Extremismus	41
5.3	Abschaffung des parlamentarischen Einspruchsrechts in Finanzfragen.....	41
5.4	Abschaffung einer verpflichtenden Mindestwahlbeteiligung bei Volksentscheiden	42
5.5	Direktwahl und Stärkung des Präsidenten des Landesrechnungshofes	42
5.6	Gestaltungsbeirat	43
5.7	Friedenspolitik	43
6	Schlusswort	44

Präambel

In schwierigen Zeiten steht die Eigenständigkeit des Landes Bremen auf dem Prüfstand. Das Bundesland Bremen ist geprägt durch den hanseatischen Kaufmannsgeist in der Landeshauptstadt Bremen und durch die modernen Hafenanlagen der Schwesterstadt Bremerhaven.

Während die Eurokrise die Warenumschnläge in den Bremer Häfen weiter sinken lässt, erreicht die Verschuldung in unserem Bundesland immer neue Rekordstände und gefährdet unsere Fähigkeit, Bremen und Bremerhaven aktiv zu gestalten.

Die SPD regiert Bremen ununterbrochen seit nunmehr 68 Jahren mit wechselnden Koalitionspartnern. Wir in der Alternative für Deutschland finden, dass es nun an der Zeit ist, die Verhältnisse zu ändern und den Blick in die Zukunft zu richten.

Umso enttäuschender ist es, mitzuerleben, wie die verkrusteten Strukturen Bremen in seiner Entwicklung hemmen. Die Arbeitnehmer sind mittlerweile auf zweifache Weise Opfer: durch die steigende Steuer- und Abgabelast einerseits, und durch die immer länger werdenden Arbeitstage, weil immer weniger Menschen immer mehr Arbeit erledigen müssen.

Die Alternative für Deutschland in Bremen will sich rückbesinnen auf die Menschen und Familien, auf die mittelständischen Betriebe und Familienunternehmen, für die wir Politik machen. Gleichzeitig wollen wir nach vorne schauen und die Herausforderungen einer komplexen Welt annehmen und für uns nutzen.

Wir müssen uns den Altlasten der sozialdemokratischen Politik in Bremen stellen:

Indem wir nicht akzeptieren, dass Bremer Schüler den Anschluss verpassen,
indem wir die Verschuldung unseres Landes abbauen,
indem wir die viel zu hohe Kriminalität in Bremen bekämpfen,
indem wir für bezahlbares Wohnen sorgen und
indem wir daran arbeiten, dass unsere Städte wieder sauberer und lebenswerter werden.

Die Alternative für Deutschland tritt dafür ein, dass wir Bremer uns auf unsere Stärken besinnen:

Wir leben vom Verkehr und müssen unsere Infrastruktur stärken, anstatt Verkehr zu behindern. Wenn uns das gelingt, können wir Arbeitsplätze schaffen und soziale Probleme angehen. Unsere Universität und die Bremer Hochtechnologie sind für den Wettbewerb fit zu halten, als weltoffenes und kulturell aktives Bundesland müssen wir den Tourismus ausbauen.

Unser Programm zur Bürgerschaftswahl 2015 wurde in diesem Geiste erstellt:

Wir sind stolz auf die historischen Wurzeln unserer Hansestadt,

wir verschließen nicht die Augen vor den Altlasten einer 68-jährigen politischen Monokultur, und wir wollen Bremen fit machen in Zeiten der Schuldenbremse, um Handlungsspielräume zu erhalten.

Dafür brauchen wir Mut zur Wahrheit.

1. Bildung, Familie und Soziales

Die Sozialpolitik mit ihrer elementaren Komponente Bildung ist der Alternative für Deutschland ein besonderes Anliegen. In der Schulbildung wird im Land Bremen mit hohem finanziellen Einsatz regelmäßig im Bundesvergleich der letzte Platz erreicht. Der soziale Zusammenhalt in unseren beiden Stadtgemeinden ist auch im Großstadtvergleich desaströs.

1.1 Bildung

Die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen und das wirtschaftliche und soziale Gedeihen unseres Bundeslandes werden durch den Erfolg oder Misserfolg unserer Bildungspolitik unmittelbar beeinflusst. Dabei muss Bildung vielfältigen Anforderungen gerecht werden: Neben der klassischen Erklärung von Wissen sind dies die Vermittlung unserer gemeinsamen Werte, die Vorbereitung auf die Anforderungen des Berufslebens und die Erziehung zu mündigen Bürgern.

In mehr als sechs Jahrzehnten sozialdemokratischer Bildungspolitik hat man die Vielfalt der Anforderungen vernachlässigt und der Vermittlung von bestimmten „Werten“ höchste Priorität eingeräumt. Wir bemängeln nicht nur, dass die vermittelten Werte oftmals ideologisch und weltanschaulich geprägt sind, sondern vor allem auch die leichtfertige Geringschätzung von Wissen und die Missachtung der Anforderungen unserer Wirtschaft, die unter einem Mangel an qualifizierten Bewerbern leidet.

Die Alternative für Deutschland in Bremen wird der Behebung der Bildungsmisere in unserem Bundesland hohe Priorität einräumen.

1.1.1 Vorschulische Erziehung

Grundsätzliches Ziel der frühkindlichen Erziehung ist es, Kinder schulfähig zu machen.

Unter Berücksichtigung der frühkindlichen Lernformen Spielen, Arbeiten, Forschen, Erfinden, Gestalten und Experimentieren sind Lernfähigkeit und Lernbereitschaft zu fördern und die Kinder ohne übermäßigen Zeit- und Leistungsdruck auf die Schule vorzubereiten.

Daher muss Erziehung vor allem Aufgabe der Familien sein. Sollten diese auf Grund der gegebenen Lebensumstände nicht fähig sein, ihre Aufgabe adäquat wahrzunehmen, sollen sie durch das Angebot staatlich finanzierter Krippen und Kindergärten unterstützt werden.

Die Krippen und Kindergärten müssen als Ort der Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund dienen. Es ist zu prüfen, ob auch die Integration der Eltern über deren Mitarbeit gelingen kann.

Für den vom Staat geförderten Kindergartenbereich fordern wir einen Rat, der kontrolliert, berät und bei Nichteinhaltung von definierten Mindeststandards finanzielle Zuschüsse streicht. Diese Aufsicht soll sich aus den lokalen pädagogischen Fachkräften aus Kindergärten und Grundschulen zusammensetzen.

Deutsch muss die zugrundeliegende Verkehrssprache im Kindergarten sein, um die Barrieren zwischen den unterschiedlichen Sprachen der Kinder zu überbrücken.

Insofern sind wir gegen die Forderung der derzeitigen Bremer Senatorin für Bildung und Erziehung, die die einzelnen unterschiedlichen Sprachen der jeweiligen Herkunftsländer in Kitas fördern möchte.

1.1.2 Schulische Bildung

Wir wollen unsere Jugend zu mündigen und verantwortungsbewussten Menschen erziehen. Wir wollen eine Stärkung der Eltern und der Lehrerschaft gegenüber der rot/grün kontrollierten Schulbürokratie, um die ideologiegebundene Parteipolitik an unseren Schulen zu beenden. Wir wollen, dass unseren Kindern ein positiver Bezug zu Deutschland, seiner Kultur und unseren demokratischen Traditionen vermittelt wird.

Wir als Alternative für Deutschland wollen eine gemeinwohlorientierte Politik, die sich auch in der Erziehung und Bildung widerspiegelt.

Ein friedliches, respektvolles Miteinander setzt ein Gemeinschaftsgefühl aller Menschen unserer Gesellschaft voraus. Eine Politik, welche sich am Gemeinwohl orientiert, muss demnach von Bürgern getragen werden, die eine positive Haltung zur deutschen Geschichte, Tradition und Kultur innehaben. Dazu brauchen wir in der Pädagogik eine Hinwendung zur deutschen Identität, die unserer Jugend Orientierung und Halt in ihren vielfältigen Lebenssituationen vermitteln.

Die bisherige Schulpolitik unter der Führung der Sozialdemokratie hat zu einer Absenkung der Erziehungs- und Bildungsqualität geführt, das Ergebnis ist eine zusätzliche Spaltung in unserer Gesellschaft. Am kulturellen Leben und wirtschaftlichem Erfolg Bremens können nur Wenige teilhaben, da eine entsprechende Ausbildung oft nur auf Privatschulen oder außerhalb Bremens erlangt werden kann. Einem Großteil der Bremer Bevölkerung ist dies verwehrt.

Daher fordern wir:

- Kleine Klassenverbände, damit jedes Kind seinen individuellen Begabungen entsprechend gefördert werden kann.
- Den Erhalt eines gegliederten und durchlässigen Schulsystems.
- Gymnasien, die die Studierfähigkeit von Abiturienten an allen deutschen Universitäten gewährleisten.
- Eine Stärkung der Realschulen, damit Ausbildungsplätze in Bremen mit ausreichend qualifizierten und sozial kompetenten Bewerbern besetzt werden können. Die berufliche Bildung ist statt des Akademisierungswahns durch gute duale Ausbildung zu fördern.
- Die Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne eines positiven Zuganges zu Deutschland und der Eröffnung einer Teilhabe breiter Bevölkerungskreise an den Wirtschafts- und Kulturwerten unseres Landes.
- Einen gerechten Wettbewerb zwischen staatlichen Schulen und solchen in privater Trägerschaft. Jedem Kind soll unabhängig von der Schulwahl die gleiche finanzielle Ausstattung zustehen. Die Eltern sollen durch das Instru-

ment der Schulwahl über die Fortentwicklung im Schulwesen mitentscheiden können.

- Eine bedarfsgerechte Lehrerausbildung. Diese soll im Sinne des bewährten dualen Systems ab dem ersten Semester in enger Zusammenarbeit zwischen den Einzelschulen und den Universitäten stattfinden. Angehende Lehrer müssen auch die Berufswirklichkeit außerhalb des Bildungssystems in Form von Betriebsvolontariaten kennenlernen, sofern sie aus sozioökonomischen Gründen nicht selbst in der Berufswelt tätig gewesen waren.
- Eine angemessene Vertretungsregelung für Lehrer, die in Weiterbildung sind. Weiterbildungen sollten auch in unterrichtsfreien Zeiten erfolgen.
- Die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern. Nirgendwo klappt die Gesetzgebung in den einzelnen Bundesländern so auseinander wie in der Bildungspolitik. Der Umzug mit schulpflichtigen Kindern innerhalb Deutschlands ist nicht nur für Bremer Familien eine Herausforderung geworden. Daher ist die Angleichung der Lehrpläne hinsichtlich der Anforderungen inhaltlich an die höheren süddeutschen Standards geboten. Eine stärkere Gewichtung des Faches Deutsch. Eine souveräne Anwendung der deutschen Sprache durch alle Bürger in einem souveränen Land, das seine Sprache auch in Europa wahrt, ist das Ziel.
- Mehr Übungsphasen in den kognitiven Fächern.
- Eine größere Themenvielfalt des Geschichtsunterrichts: Die demokratischen Traditionen Deutschlands des 18. und 19. Jahrhunderts sind angemessen zu behandeln.
- Die Wertigkeit musischer und naturwissenschaftlicher Fächer muss betont werden, um die Entwicklung manueller Fertigkeiten zu befördern. Darüber hinaus haben die musischen Fächer eine Ausgleichsfunktion, innerhalb des Unterrichtsablaufs und der gesellschaftlichen Integration.
- Geregelte Abläufe, Ordnung und klare Verhaltensvorgaben zur Zielerreichung. Das Untergraben der Lehrerautoritäten durch die Politik schadet der Wissensvermittlung. Dies gilt vor allem für die Einübung demokratischer Arbeitsweisen und Verhaltensnormen.
- Einheitliche Schulkleidung, die das Gemeinschaftsgefühl stärkt, die Solidarität unter den Schülern fördert und die Ausgrenzung durch Markenkleidung verhindert.
- In Bremen muss zum bewährten neunjährigen Abitur zurückgekehrt werden. Führende Pädagogen haben die Fehlentwicklung der achtjährigen Ausbildung unter Beweis gestellt und kommentiert.
- Keine finanzielle Schlechterstellung von Schulen in privater Trägerschaft. Die Wahlfreiheit ist zu erhalten. Die lange Tradition der Schulen in freier Trägerschaft und die besonderen Leistungen, wie z.B. die der Tobias-Schule, müssen anerkannt werden.

1.1.3 Berufliche und universitäre Ausbildung

Der Weg der UNI Bremen zu einer ausschließlich technischen Universität muss zurückgeführt werden. Die Geisteswissenschaften dürfen dem Drittmittelwahn nicht geopfert werden.

Wir fordern die Rückabwicklung des Bologna-Modells mit seinen Akkreditierungsagenturen. Das Humboldtsche Bildungsideal ist aufrecht zu erhalten.

Wir fordern die Möglichkeit zur Rückkehr zu bewährten Studienabschlüssen wie Magister, Staatsexamen und Diplom. Der Universität und den Hochschulen soll es überlassen bleiben, diese Studiengänge anzubieten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Bachelor- und Mastersystem europaweit und selbst im deutschen Vergleich Studienanerkennungen schwieriger gemacht hat.

Das Studium im EU-Ausland ist heutzutage erschwert, da die Anrechnung der Studienleistungen so unsicher wie nie ist. Diese Möglichkeit sollte jedoch allen Studenten eröffnet werden, auch wegen der sozialen Gerechtigkeit.

Juniorprofessuren sind nicht notwendig, wenn die professorale Ausstattung der Lehre die klassische Habilitation einschließt und die Forschung und eine verpflichtende Lehre selbstverständlich wird.

Wir fordern BAföG für alle Studenten, soweit sie ihr Studium in der Regelzeit abschließen.

Wir fordern die Abschaffung des Numerus Clausus an den Universitäten und statt seiner einen standardisierten Eingangstest für diejenigen Studiengänge, bei denen die Bewerberanzahl die Kapazitäten der Universität überschreitet.

Die Jacobs-Universität muss sich künftig ohne dauerhafte Finanzierung durch das Bundesland Bremen behaupten können. Das Land Bremen hat keinen unmittelbaren Vorteil durch die Ausbildung auswärtiger Studenten der JU.

1.1.4 Bildung ist Sache der einzelnen Staaten

Europa ist ein Kontinent vieler Kulturen, welche sich in den unterschiedlichen Staaten verwirklicht haben und weiterentwickeln. Statt die Nationen multikulturell aufzulösen, besteht die wahre kulturelle Vielfalt Europas in seinen Nationen. Erziehung und Bildung, vom Kindergarten bis zur Universität, sollen in den Händen der Einzelstaaten verbleiben.

Einzig in einem Europa der Vaterländer hat auch ein Bundesland Bremen einen historischen Sinn und eine zukünftige Existenzberechtigung.

1.1.5 Sport und Schulsport

Sportliche Betätigung stärkt nicht nur die physische sondern auch die psychische Fitness und Beweglichkeit. Der Sport entwickelt in besonderem Maße die Sensibilität für einen gesunden Lebensstil. Darüber hinaus ist er identitätsstiftend, fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt soziale Kompetenzen wie Fairness, Teamgeist, Respekt, Toleranz, gesunden Ehrgeiz und Verantwortungsbewusstsein. Leider nimmt die Zahl an Kin-

dern mit Bewegungsmangel, Übergewicht oder solchen, die nicht mehr schwimmen können, zu. Stattdessen wird zunehmend an neuen technischen Geräten gespielt, anstatt wirklich Sport zu treiben.

Laut Lehrplan sind drei Stunden Schulsport wöchentlich vorgesehen. Gerade im Primarbereich, wo die Weichen für einen gesunden Lebensstil gestellt werden, findet der Schulsport nur zweistündig statt und wird zu einem Großteil von fachfremden Personal erteilt. Wir fordern daher bereits ab der Grundschule mindestens drei Stunden Schulsport pro Woche anzubieten und auf Konzepte der „bewegten Schule“ zu setzen.

Es ist generell für eine verstärkte spielerische Wettbewerbskultur an den Schulen zu sorgen. Schüler haben die Chance, in ihren starken Domänen mit Begeisterung tätig zu sein, und unmittelbare Rückmeldung zu erhalten, indem sie sich mit anderen Schülern/Schulen messen.

Die gesellschaftlich relevanten Sportvereine sind in ihrer Arbeit nicht zu behindern. Die Requirierung von Turnhallen für sachfremde Zwecke hat zu unterbleiben.

Die öffentliche Bäderkultur in Bremen und Bremerhaven ist aufrecht zu erhalten. Der sogenannte Bremer Bäderplan ist Ausdruck einer jahrzehntelangen Verwahrlosung.

1.2 Familie und Zusammenleben

1.2.1 Familie

Wir wollen eine Politik, die gute Voraussetzungen für die Entwicklung familiärer Bindungen schafft.

Viele Familien sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation dazu gezwungen, für die Erziehung ihrer Kinder eine Kita oder Ganztagschule zu nutzen, auch wenn sie sich vielleicht mehr Zeit mit ihren Kindern innerhalb der Familie wünschen. Dies betrifft vor allem Alleinerziehende und Einwanderer.

Eltern-Kind-Bindungen brauchen viel Zeit, Pflege und Engagement. Deshalb wollen wir eine Gestaltung von Kita und Schule in einer breiten Zusammenarbeit mit Eltern erreichen, die die familiären Bindungen stärkt. Wir halten eine feste Bezugsperson in den Kitas für unerlässlich.

Selbstbewusste Familien erziehen selbstbewusste Staatsbürger. Funktionierende Familien sind das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb stehen sie unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes (Art. 6). Nur wenn die Werte unseres Grundgesetzes in den Familien akzeptiert und gelebt werden, kann sich unsere Demokratie weiter entwickeln.

Familie sollte der Ort sein, in dem in Geborgenheit und Fürsorge den Kindern der Umgang mit Menschen, Tieren und der Umwelt gelehrt wird.

Wer Kinder in ihren Chancen unterstützen und fördern will, muss deshalb Eltern unterstützen und fördern. Die Familien sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder angemessen

betreut werden, sobald beide Partner arbeiten. Eine fachgerechte frühkindliche Erziehung durch Eltern, Großeltern, Betriebskitas oder staatliche Institutionen ist der Grundstein für eine erfolgreiche Lernperiode und für ein chancenreiches Leben. Wenn das Elternhaus keine Basis bietet, sind ausreichende Lernergebnisse und eine erfolgreiche Berufsausbildung kaum zu erwarten.

Daher setzen wir uns dafür ein:

- dass ein gutscheinfinanziertes Beratungs- und Betreuungsangebot (werdende) Eltern über ihren Fürsorge- und Erziehungsauftrag aufklärt und bei Bedarf in die deutsche Gesellschaft integriert. Mütter und Väter sollen für ihre besondere Rolle für die Kindeserziehung sensibilisiert werden. Dazu streben wir eine enge Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Kräften wie Vereinen an. Beratungen zu Ernährung, Hauswirtschaft und Vermittlung von Deutschkenntnissen und pädagogischen Grundbegriffen sind als Teil dieses Angebotes zu gestalten.
- dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Freizeit- und Kulturangebote wahrnehmen können; hierzu ist eine Unterstützung mit Gutscheinen zu gewährleisten. Vor allem der an den Bremer Schulen vernachlässigte musische Unterricht muss ausgeglichen werden.
- Horte und Kitas weiterzuentwickeln, um Kinder nicht nur sprachlich, sondern auch sozial zu integrieren.
- Betriebe über Steuerermäßigung zur Einrichtung von Kindertagesstätten zu animieren.

1.2.2 Gleichgeschlechtliches Zusammenleben

Homosexualität ist ein selbstverständlicher Bestandteil der Bandbreite menschlicher Sexualität. Die Alternative für Deutschland in Bremen hat keinerlei Bestrebungen, diese zu bewerten oder einzugrenzen, solange sie auf dem gegenseitigen Interesse mündiger Bürger beruht. Wir stehen ohne Einschränkung zum Toleranzgebot. Allerdings sehen wir nicht, dass die sexuelle Unterdrückung früherer Jahre derzeit das zentrale Problem in Deutschland darstellt. Wir sind eine Partei, die die heutigen Probleme aller gesellschaftlichen Gruppen offen artikuliert. Wir sind gegen eine Aufteilung der Gesellschaft in sogenannte „Subkulturen“.

Wir stellen daher klar:

- Es bedarf in Deutschland eines ernsthaften Umganges mit Homosexualität. Die Entwicklung eines gerechten Bewusstseins für sexuelle Minderheiten ist Teil des Kampfes gegen das soziale Auseinanderfallen der Gesellschaft und gegen die immer offensichtlicher werdenden demokratischen Defizite in Deutschland. Alle Bürger in Deutschland gleich welcher sexueller Orientierung sind Teil einer unteilbaren Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft soll im Mittelpunkt stehen. Wir dürfen uns nicht von einer EU-gesteuerten Elite in ethnische, soziale und sexuelle Einzelgruppen aufspalten lassen!
- Toleranz gegenüber individuellen sexuellen Orientierungen wie der Homosexualität erfordert den entschiedenen Kampf gegen den bedrohlichen Einfluss

des religiösen Fundamentalismus, wie zum Beispiel des Islamismus. Wir verlangen einen funktionierenden Rechtsstaat mit einem funktionierenden Schutz für alle Schwulen und Lesben. Diese leben trotz der erfreulichen Toleranz des deutschen Volkes wegen der fortschreitenden Verbreitung islamistischen Gedankengutes, das der Mehrheit der Muslime selbst völlig suspekt ist, nicht sicherer als vor Jahrzehnten.

1.2.3 Gender

Für die Alternative für Deutschland in Bremen sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Dafür brauchen wir keine Verbalhornung der deutschen Sprache und fragwürdige Regelungen, die die berechtigten Anliegen der Emanzipationsbewegung in Verruf bringen.

Die Alternative für Deutschland in Bremen besteht darauf, dass die Rechte der Frau geschützt werden, auch in streng religiösen Milieus.

Das Gender Mainstreaming trägt dazu nichts bei und versucht künstlich, die menschlichen Geschlechter in biologisch auf der einen und gesellschaftlich auf der anderen Seite zu teilen. Hieraus leitet das Gender Mainstreaming entgegen aller Wissenschaftlichkeit die These ab, Männer und Frauen seien in Bezug auf ihren Neigungen, Interessen und Fähigkeiten absolut identisch. Diese Unwissenschaftlichkeit entlarvt das Gender Mainstreaming als ideologisierte Scheinwissenschaft, die an den Universitäten keinen Platz haben darf.

Wir fordern daher die sofortige Einstellung der Finanzierung der Genderideologie in ganz Bremen.

Wir lehnen ferner eine zu frühe Sexualerziehung an Kindergärten und Schulen ab. Wir treten für das freie Individuum ein, aber eine völlig lächerliche Umformung der Anschauung in Geschlechterfragen wird weder Toleranz noch das Bewusstsein eines mündigen Bürgers erzeugen. Alle Gewalt geht vom Volke aus, das sich seiner Wahlmöglichkeiten bewusst ist, aber nicht von Menschen, die sich ihr Geschlecht wählen können.

1.2.4 Menschen mit Beeinträchtigungen

Wir möchten für Menschen mit Beeinträchtigungen die bestmögliche Schulbildung erreichen. Die Alternative für Deutschland ist generell für die allgemeine Inklusion aller Kinder und Jugendlichen auf allen Bildungsebenen bis zu einem förderungsfähigen Behindierungsgrad. Der Nachteilsausgleich ist in ausreichendem Maß anzuwenden. Wir fordern den Erhalt und Ausbau der Förderschulen für das Wohl aller Kinder und Jugendlichen. Das bisher in Bremen in überstürzter Form eingeführte Inklusionssystem muss als gescheitert angesehen werden.

Die Alternative für Deutschland spricht sich dann für eine gemeinsame Beschulung von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung aus, wenn dies unproblematisch zu gestalten ist. Dabei muss jedoch das Wohl aller Schüler ausschlaggebend sein. Ein automatisches Recht auf gemeinsame Beschulung von Kindern mit einem nicht förderungsfähigen Behindierungsgrad kann es nicht geben. Fachleute müssen im Zweifel darüber entscheiden,

welche Form der Beschulung im jeweiligen Fall vorzuziehen ist. Die Inklusion muss vor allem vor der Einschulung vollzogen werden: In Absprache mit Kindern einer niedrigen Lernbehinderung.

Besonders im Sinne von Menschen mit Beeinträchtigung und einer älter werdenden Gesellschaft drängen wir darauf, Mängel in der Barrierefreiheit im Land Bremen zu beseitigen. Beispiele hierfür sind Pfähle und Poller zwischen Fahrbahn und Gehwegen, vertiefte Abflussrinnen in der Sögestraße.

1.2.5 *Perspektive im Alter*

Die häusliche Pflege muss Vorrang vor allen anderen Modellen haben. Es soll stufenweise zu einer Angleichung des Budgets wie bei der stationären Pflege kommen.

Denkbar ist, einen Teil des zusätzlichen Budgets in Form von Gutscheinen zu gewährleisten. So können etwa Betreuungsgutscheine (für Spaziergänge, Gesellschaft, Unterhaltung) ausgestellt werden. Auch Leistungen für die Pflegenden, die über eine professionelle Betreuung (Gesprächsbedarf, Unterstützung der Pflege) hinausgehen, sollen möglich sein. Es ist eine Vernetzung zwischen Angehörigen und Pflegekräften anzustreben. Der zu pflegende Mensch ist ganzheitlich zu sehen. Bei einem physischen oder psychischen Defizit besteht oft ein hohes Potenzial und Leistungsvermögen. Dies ist entsprechend zu fördern, so dass sich der Pflegebedürftige sozialisiert fühlt und für sich eine Aufgabe erkennt. Pflege ist mehr als eine rein medizinische Leistung. Es ist daher von der kurzfristigen Krankenhauspflege zu differenzieren. Dezentrale Pflegeeinrichtungen sollen gefördert werden.

Die Alternative für Deutschland setzt sich auch in Bremen für das *Bielefelder Modell* ein. Die Besonderheit ist die Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale. In städtischen Wohnanlagen stehen älteren Menschen und Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf Wohnungen in zentraler Lage zur Verfügung. Alle Mieter können auf die Hilfe- und Betreuungsangebote zurückgreifen, die aber nur im Bedarfsfall vergütet werden müssen. Es besteht absolute Wahlfreiheit bei der Auswahl des Pflegedienstes. Wir sehen mit Sorge, dass Bremen ein typisches Beispiel einer Großstadt mit unbezahlbaren Altersheimen darstellt. Anstatt das Hulsberg-Viertel oder andere städtische Gebiete an private Bauträger zu vergeben, fordern wir einen städtischen Entwicklungsplan, welcher sich an dem Bielefelder Modell zur Errichtung eines innenstadtnaher Wohngebietes für ältere Menschen, orientiert.

Der Bremer Senat hat ein Demenzdorf nach dem Modell "De Hogeweyk" in Holland abgelehnt. Wir fordern ausdrücklich ein solches abgeschlossenes Demenzdorf in Bremen, wie es die Deutsche Alzheimer Gesellschaft befürwortet.

Gerade für unsere älteren Mitbürger ist ein Leben in Sicherheit für ihr Wohlfühl unbedingbar. Das 3. Kapitel „Innere Sicherheit“ sehen wir auch unter diesem Aspekt.

1.3 Gesundheit

Unser Gesundheitssystem ist in großen Teilen aus der Tradition des deutschen Sozialstaats begründet und über einen langen Zeitraum bereits eines der besten der Welt. Die Alternative für Deutschland in Bremen wehrt sich auch in diesem Bereich dagegen, mit immer neuen Reformen das System zu verkomplizieren und unsozialer zu machen.

1.3.1 *Die ärztliche Versorgung durch Krankenhäuser*

Wohnortnah sind kleine Einheiten von Krankenhäusern notwendig, die Notfälle des täglichen Lebens behandeln und die mit den notwendigen Abteilungen ausgestattet, Knochenbrüche und kleine bis mittlere chirurgische Eingriffe vornehmen können. Stationen für Geburtshilfe mit freiberuflichen Hebammen müssen über kurze Wege erreichbar sein.

Komplexere Behandlungen sind in Fachzentren durchzuführen.

Vergütungen für empirische Forschungsleistungen, die durch Mitarbeiter der Kliniken in kommunalen Krankenhäusern im Rahmen ihrer Tätigkeit erbracht werden, sind an das Krankenhaus abzuführen.

1.3.2 *Die ärztliche Versorgung der kommunalen Krankenhäuser*

Die privat bewirtschafteten Krankenhäuser sind zu erhalten, sie tragen zur Versorgung der Bevölkerung einen wichtigen Teil bei.

Das Land Bremen betreibt fünf kommunale Krankenhäuser die defizitär arbeiten. Eine kurz- bis mittelfristige Konsolidierung steht nicht zu erwarten. Diese Einschätzung teilt der Vorstand der GeNo mit unabhängigen Gutachtern. Es steht zu befürchten, dass eine dauerhafte Finanzierung den Bremer Haushalt belasten wird.

Allein die Baukosten für das Klinikum Mitte, das von der Gesundheit Nord betrieben wird, werden von der Landesregierung derzeit mit EUR 288 Mio. aus Steuermitteln bezuschusst. Die Gehälter der GeNo-Vorstände sollten aus diesem Grund angepasst werden.

1.4 Soziales

Die Möglichkeit einer freien Entfaltung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind zentrale Aspekte sozialer Gerechtigkeit. Alle Menschen sind mit individuellen Anlagen, Präferenzen, Neigungen, Antrieben und Ideen ausgestattet. Die Lebensläufe, Pläne und Erfolge können deshalb niemals einheitlich sein. Gerechtigkeit bedeutet vielmehr, Gleichheit in den Chancen zu gewährleisten. Gerechtigkeit bedeutet, den Einzelnen Möglichkeiten zur freien Entfaltung zu ermöglichen. Gerechtigkeit bedeutet aber auch, besondere Nachteile auszugleichen und abzumildern oder unterstützend einzugreifen. Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich dafür ein, diejenigen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, darin zu unterstützen, diese Leistungsfähigkeit wieder zu erlangen und da, wo dieses Ziel nicht erreichbar ist, die Sicherung der Existenz und die Teilhabe am sozialen Leben zu gewährleisten.

Besonderes Augenmerk gilt hier den Kindern. In keinem anderen Bundesland leben so viele Kinder in Armut wie in Bremen. Diesen zutiefst unsozialen Auswirkungen rot/grüner Misswirtschaft gilt es zu begegnen.

1.4.1 *Arbeitsmarkt*

Seit der Krise 2009 ist die Arbeitslosenquote im Land Bremen nie unter 11% gesunken. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten und Aufstocker hat prozentual extrem zugenommen. Die Gesamtsituation für Bremen hat sich damit keinesfalls verbessert. Für knapp 37.000 nichtbeschäftigte Bremer müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Da etwa 60% dieser Menschen keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, ist über Qualifizierungsmaßnahmen dieser Prozentsatz drastisch zu reduzieren.

Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich für ein Pilotprojekt „Bürgerarbeit“ ein.

Unter Bürgerarbeit ist die fakultative Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen würde so die Ausübung einer sinnvollen Tätigkeit ermöglicht und die Gesellschaft erhielte einen Gegenwert für ihre Unterstützung.

Die Hartz-Reformen konnten für eine Vielzahl von Langzeitarbeitslosen keine Beschäftigungschancen eröffnen. Bürgerarbeit kann für viele der Betroffenen einen Ausweg bieten.

1.4.2 *Kindeswohl*

Die Untersuchung zur Aufklärung von mutmaßlichen Kindesvernachlässigungen im Fall Kevin in Bremen hat grundlegende Defizite im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe offenlegt, die zu einigen sinnvollen Neuregelungen geführt haben.

Die Alternative für Deutschland in Bremen besteht darauf, dass diese Regelungen nun nicht im Namen der Haushaltssperre unterlaufen werden.

Aus gutem Grund wurden die zulässigen Fallzahlen, mit denen sich die Case Manager und Amtsvormünder befassen dürfen, begrenzt. Der Gesetzgeber will eine angemessene Aufmerksamkeit für die einzelnen Kinder und Jugendlichen gewährleisten. Wenn in Bremen die Erhöhung der Kapazitäten trotz eines steigenden Bedarfs nicht bewilligt wird, und wenn die betroffenen Mitarbeiter dazu gedrängt werden, die zulässigen Fallzahlen zu überschreiten, dann stellt dies eine unzulässige Verlagerung von Verantwortung dar, nämlich von der zuständigen politischen Ebene auf die nicht zuständige Ebene der Mitarbeiter.

Eine solche Politik ist fahrlässig und verantwortungslos, sowohl gegenüber den Kindern und Jugendlichen, als auch gegenüber den eigenen Mitarbeitern, die in unklarer Rechtslage allein gelassen werden.

Wir werden daher dafür kämpfen, dass die finanziellen Ressourcen der zuständigen Ämter aufgestockt und aufgabenhemmende Bürokratie abgebaut wird.

Die Alternative für Deutschland in Bremen wird es nicht tolerieren, dass sich die zuständigen Leitungsorgane ihrer Verantwortung entziehen.

1.4.3 Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist ein schwerer Schicksalsschlag, bei dem staatliche Unterstützung der Betroffenen unerlässlich ist. Aufgrund der angespannten Situation bezüglich der Beherbergung von Flüchtlingen und Migranten ist derzeit die Unterbringung besonders schwierig. Wir setzen uns daher für den Erhalt und die Verbesserung des Angebotes an Unterkünften für Obdachlose ein.

1.4.4 Wohnen

Sozialer Wohnungsbau

Angeichts prekärer Arbeitsverhältnisse, „Aufstockern“ und Harz IV – Empfängern droht das Grundrecht auf Wohnung für den genannten Personenkreis zur Farce zu verkommen. Gleichzeitig steigen in den Ballungsgebieten und in sogenannten „guten Wohnlagen“ die Mietpreise in für Viele unbezahlbare Regionen. Parallel dazu sinkt die Wohnqualität in den sogenannten „Problem-Wohnbezirken“ drastisch und geht oft mit erhöhter Arbeitslosigkeit einher.

Um dieser Entwicklung im Land Bremen Herr zu werden, befürworten wir folgende Maßnahmen:

- Die Erstellung gemeinwohlorientierter Wohnungen in ausreichender Zahl ist eine wichtige Grundlage für den Zusammenhalt einer Gesellschaft.
- Der soziale Wohnungsbau soll mit der staatlichen Förderung über einen längeren Zeitraum eine niedrigere Miete verbinden. Nach dem Ablauf der Förderzeit stehen den Mietern folgende Alternativen offen:
 - o Übernahme als Eigentümer bei günstigen (geförderten) Zinssätzen mit langen Laufzeiten.
 - o Beibehaltung der Mietverhältnisse durch staatliche Zuschüsse (Wohngeld schafft stabile Bewohnerstrukturen).
- Ein Verbot der Veräußerung von Sozialwohnungen an profitorientierte Unternehmen.
- Die Förderung von Nebenkosten („zweite Miete“, d.h. Wärme, Wasser, Elektrizität, Verwaltungskosten) in besonderen Härtefällen, die konkret geprüft werden müssen.

Soziale Wohnraumförderung ermöglicht Ersatzneubau in Stadterneuerungsgebieten. Wohnwirtschaftliche Förderprogramme der „KfW- Förderbank“ finanziert verschiedene Nutzerbedürfnisse wie Sanierung oder energetische Verbesserung.

Wohneigentum:

Immer mehr Beschäftigte pendeln aus dem Umland nach Bremen, der Zuwachs an Arbeitsplätzen in unserem Bundesland, nämlich um 12.000 seit 2001, hat zu so gut wie keinem Zuwachs bei der Zahl der Beschäftigten mit Wohnort in Bremen geführt.

Insbesondere Familien, die sich ein eigenes Heim schaffen wollen, ziehen gerne in das niedersächsische Umland. Neben der besseren schulischen Bildung in Niedersachsen liegt das auch an den höheren Kosten für Wohneigentum im Land Bremen.

Die Alternative für Deutschland in Bremen fordert daher, die Schaffung von Wohneigentum zu erleichtern. Dazu muss der Steuersatz der Grunderwerbssteuer eingefroren werden. Für Immobilien mit Flächen von unter 35 m²/Bewohner wollen wir den Grunderwerbssteuersatz auf einem Wert von 3,5% festschreiben.

In der Vergangenheit wurde Bauerwartungsland in öffentlichem Besitz an private Wohnungsbaugesellschaften veräußert, die die Grundstücke erschlossen und vermarktet haben und hohe Gewinne damit erzielten.

Die Alternative für Deutschland in Bremen möchte künftig solches Bauerwartungsland nur noch direkt an die Bauherren veräußern, die es dann genossenschaftlich gemeinsam erschließen sollen. Eine Zuteilung soll vorrangig an Familien mit Kindern erfolgen.

2 Finanzen und Wirtschaft

Die finanzielle Situation Bremens ist seit Jahren angespannt und bessert sich unter der Verantwortung von Rot/Grün keinesfalls. Auch wenn durch günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen leicht steigende Steuereinnahmen zu erwarten sind, werden diese Möglichkeiten für den Schuldendienst nicht genutzt.

Die wirtschaftliche Situation Bremens ist seit den Boom-Jahren in den 70ern immer nur mit mäßigem Erfolg verwaltet worden. Der letzte große Ansiedlungserfolg eines Automobilherstellers fiel in die Zeit 1979-1982 unter SPD-Bürgermeister Hans Koschnik.

Durch eine umstrittene Verkehrspolitik sind zusätzlich ansiedlungswillige Unternehmen von der Ansiedlung abgehalten worden. Dies hat in Summe dazu geführt, daß die Wirtschaftskraft in Bremen nicht ihrem hohen Potential entsprechend entwickelt wurde. So erreichte Bremen im ersten Halbjahr 2014 nur den vorletzten Platz im Ländervergleich des Wirtschaftswachstums.

2.1 Finanzen

Während Bremens Wirtschaft stark ist - sowohl das Bruttoinlandsprodukt, als auch die Zahl der Arbeitsplätze je Einwohner liegen 25 bis 30% über dem Bundesdurchschnitt - sind die Finanzen unseres Bundeslandes desolat. Die Ausgaben übertreffen deutlich die Einnahmen, und auf beiden Seiten besteht dringender Handlungsbedarf.

Das Ziel, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, liegt in weiter Ferne und kann mit konventionellen Mitteln realistisch betrachtet nicht erreicht werden. Der Abbau des strukturellen Defizits muss höchste Priorität haben, auch um die jährliche Konsolidierungshilfe in Höhe von 300 Mio. Euro nicht zu gefährden.

Auf der Einnahmeseite leidet Bremen unter einer 1969 unter Zustimmung der SPD getroffenen Änderung der Besteuerung: Seitdem ist die Einkommensteuer am Wohnort und nicht mehr am Ort der Arbeitsstelle zu entrichten. Von den knapp 300.000 Beschäftigten im Land Bremen wohnen ca. 125.000 Pendler außerhalb der Landesgrenzen, nach Abzug der Auspendler verbleibt ein Pendlersaldo von fast 84.000 Beschäftigten; das bedeutet, dass ca. 28% der in Bremen erarbeiteten Einkommen in Niedersachsen versteuert werden. Hinzu kommt die Einkommensteuer der Unternehmer, die in Bremen einen Betrieb besitzen, aber im Umland wohnen. Allein diese Regelung kostet Bremen mehrere hundert Millionen Euro im Jahr. Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich dafür ein, diese Regelung in die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich einzubringen, um Bremen aus der Position des Bittstellers zu befreien und unseren Interessen der wirtschaftlichen Bedeutung Bremens entsprechend Geltung zu verschaffen.

Auf einer höheren Ebene leiden Deutschland und die Europäische Union unter ähnlichen Effekten: Multinationale Unternehmen und Konzerne wählen ihren Unternehmenssitz nach steuerlichen Gesichtspunkten in Ländern, die ihnen günstige Konditionen versprechen. Wir setzen uns daher dafür ein, auf europäischer Ebene die Steuerregeln so zu ändern, dass künftig der Ort der Wertschöpfung eine wesentliche Bedeutung für den Ort

der Steuerpflicht erhält, um Gewinnverlagerungen und Steuervermeidung einzuschränken bzw. zu unterbinden.

Kurzfristig sieht die Alternative für Deutschland in Bremen ein gewisses Einnahmepotential durch die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der öffentlichen Hand, also eine Konzentration des Landes auf seine Kernaufgaben. Beteiligungen wie an dem Bremer Flughafen oder der Brepark sollten überprüft werden; die Mehrheitsbeteiligungen müssen beim Land Bremen bleiben.

Die Ausgabenseite des Bremer Haushaltes wird im Wesentlichen durch die Altlasten einer jahrzehntelangen Misswirtschaft der SPD und ihrer wechselnden Koalitionspartner bestimmt.

Alleine die Zinslasten für die direkten Schulden betragen derzeit über 600 Millionen Euro im Jahr - das sind über 15% der bereinigten Gesamteinnahmen. Die ca. 20 Milliarden Euro Schulden verzinst Bremen derzeit mit durchschnittlich mehr als 3%. Genau hier sehen wir einen Ansatz.

These: Mit Hilfe von Bundesbürgschaften und unter Ausnutzung des derzeitigen niedrigen Zinsniveaus müssen Anschlussfinanzierungen zu deutlich besseren Konditionen erzielt werden. Liquiditätsüberschüsse müssen der Tilgung von Krediten zugeführt werden.

Um die Bremer Bürger auf positive Weise in den Weg aus der Schuldenfalle einzubeziehen, schlagen wir die Emission einer Bürgeranleihe vor. Der Zinssatz hierfür sollte über dem von Tagesgeld liegen aber deutlich unterhalb des derzeitigen durchschnittlichen Bremer Schuldzinses. Als Dank und Anerkennung schlagen wir eine mit dem Erwerb der Bürgeranleihe verbundene Bremen-Karte vor. Diese sollte ermäßigte Eintritte in Museen und Zugang zu besonderen Veranstaltungen beinhalten.

Die zweite große Altlast der sozialdemokratischen Misswirtschaft sind die viel zu hohen Personalkosten des Landes. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, dass ein hoher Anteil dieser Ausgaben durch Pensionslasten für ehemalige Beamte verursacht wird, nämlich über 400 Millionen Euro im Jahr. An diesen Verpflichtungen lässt sich nun nichts mehr ändern, und wir zählen sie zu den Verbindlichkeiten. Die Relation spricht allerdings für sich: Zinsen und Pensionslasten summieren sich auf über eine Milliarde Euro jährlich, die Steuereinnahmen liegen lediglich bei knapp über 2,3 Milliarden. Für die Zukunft bestehen wir darauf, dass die Beiträge zur Pensionskasse nicht zweckentfremdet werden.

Wir werden dennoch eine weitere Kürzung der Personalausgaben nicht vermeiden können. Der Alternative für Deutschland in Bremen ist es aber wichtig, dass dies nicht zu Lasten der Schulen oder der Polizei geht. Einsparpotential sehen wir vor allem in der Verwaltung, der Regierung und in den Leitungsebenen. Der Öffentliche Dienst muss sich wieder hin zu einer Pyramidenstruktur entwickeln, in der die Basis gestärkt wird und die Spitzen nicht unnötig Ressourcen verbrauchen. Zudem soll es Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes möglich sein, auf ihren eigenen Wunsch hin auch länger als bis zum Renten- bzw. Pensionseintrittsalter zu arbeiten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, ergebnisoffen zu prüfen, inwieweit eine Zusammenlegung oder Kooperation einzelner Bereiche zwischen Bremen und Niedersachsen Einsparpotentiale bietet.

Ein besonderes Einsparpotential sehen wir bei den Bremer Eigenbetrieben, die außerordentlich großzügig mit Geschäftsführern und bezahlten Aufsichtsräten versorgt sind. Wir wollen, dass sich die Gehälter in Staatsbetrieben an den Vergütungen im Öffentlichen Dienst orientieren, das gilt auch und besonders für die Bremer Landesbank.

Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich dafür ein, dass künftig das Engagement in Aufsichtsräten, das durch Mitglieder der Bürgerschaft geleistet wird, als mit der Abgeordnetendiät abgegolten gilt.

Abgesehen von den sehr hohen Ausgaben für Sozialleistungen, müssen als letzter Kostenblock diejenigen Ausgaben zur Disposition stehen, die vorwiegend aus ideologischen Gründen getätigt werden und die keinen echten Wert für die Bremer Bürger schaffen. Als Beispiel hierfür sei die öffentlich finanzierte Genderforschung genannt, die ersatzlos gestrichen werden muss, oder sinnlose Veranstaltungen wie der autofreie Sonntag in Walle, der in Zeiten der Haushaltssperre 100.000 Euro gekostet hat.

Während wir Investitionen in unsere Infrastruktur für sinnvoll und wichtig halten, wenden wir uns deutlich gegen teure Verkehrsbehinderungsmaßnahmen wie den Rückbau der Neuenlander Straße. Und obwohl wir die Bildung in Bremen stärken wollen und Privatschulen dabei ausdrücklich mit einbeziehen, sprechen wir uns gegen eine weitere öffentliche Finanzierung der Jacobs-Universität aus.

In der Vergangenheit mussten wir Bremer leidvoll erfahren, wie von sich begeisterte Politiker ohne Bezug zu realen Bedingungen unsere Steuern verschwendet haben: Wir erinnern an ehrgeizige Projekte wie den Space-Park, die Rennbahn, den Jade-Weser-Port oder das Musical Theater, die den Steuerzahlern teuer zu stehen kamen. Die Alternative für Deutschland in Bremen will künftig daraufhin wirken, dass auch bei politischen Vorhaben die konsequente Bewertung der Arbeitsmarkteffekte und die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit im Vordergrund stehen. Die Nachhaltigkeit dieser Effekte muss periodisch überprüft werden. Als Faustregel soll gelten, dass, wenn keine privaten Investoren bereit sind, bei solchen Projekten wirtschaftliches Risiko mitzutragen, dieses als ernsthaftes Indiz dafür zu werten ist, dass die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit grundsätzlich in Frage steht.

Für den Fall, dass Projekte als nicht wirtschaftlich sinnvoll erkannt werden, aber dennoch politisch gewollt sind, verlangen wir, dass dieser politische Wille im Rahmen einer Volksabstimmung bestätigt wird.

2.2 Wirtschaft

Die Bremer Wirtschaftskraft ist Garant für unsere Unabhängigkeit und unsere Gestaltungsspielräume. Die Ausgangslage bietet viel Potential.

Der Überseehafen in Bremerhaven ist einer der größten Container-Terminals Europas. Das Bremer Mercedes-Benz-Werk ist bis dato das zweitgrößte weltweit, das Stahlwerk von ArcelorMittal gilt als eines der produktivsten Europas. Hinzu kommt ein starker Mittel-

stand mit vielen "unbekannten Siegern": Rekordhalter auf ihrem Gebiet, die jenseits der Branche und außerhalb der Landesgrenzen kaum jemand kennt.

Aber die bremische Wirtschaft ist gefährdet: Der Einzelhandel leidet nicht nur unter der Konkurrenz von Online-Shopping und Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" sondern auch unter einer kundenfeindlichen Verkehrspolitik. Besonders für einen Hafen-, Logistik- und Industriestandort wie Bremen ist eine gute Verkehrsinfrastruktur von existentieller Bedeutung. Die derzeitige Zuordnung der Verkehrspolitik in das Ressort Umwelt und Bau spiegelt nach Auffassung der Alternative für Deutschland die falschen Prioritäten von Rot/Grün. Die Verkehrspolitik muss vom Senator für Wirtschaft verantwortet werden.

Der Mittelstand beklagt einen selbstgemachten Fachkräftemangel als Resultat einer nicht durchdachten Bildungspolitik. Politische und weltanschauliche Bildung scheinen an Bremer Schulen einen so großen Stellenwert einzunehmen, dass die Vermittlung von mathematischen, sprachlichen und naturwissenschaftlichen Grundkenntnissen leidet.

Die Industrie schließlich scheint von einigen Bremer Politikern eher als notwendiges Übel betrachtet zu werden statt als wichtige Grundlage für unsere Beschäftigungspolitik. Die halbherzige Steuerung der Gewerbeflächenpolitik erfolgt oft am Bedarf vorbei.

Die Alternative für Deutschland sieht in Bremen Handlungsbedarf auf allen Ebenen der Wirtschaftspolitik, um die einzelnen Händler und Freiberufler zu unterstützen und um den Anforderungen unseres starken Mittelstandes und des Arbeitsplatzmotors Industrie gerecht zu werden.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass in der Verkehrspolitik die Bedürfnisse des Einzelhandels, der Kunden und der Pendler berücksichtigt werden. Eine Reduktion des Parkraumes sowie eine Behinderung des Individualverkehrs auf den Hauptstraßen werden wir engagiert bekämpfen.

Wir werden daran arbeiten, dass der Bürokratieabbau voran getrieben wird. Bremen darf nicht länger den Anschluss an die moderne Verwaltung verschlafen, deshalb setzen wir uns für eine Deregulierungsoffensive ein. Unnötige Verwaltungsvorschriften und bürokratische Belastungen sind abzubauen. Kleinere Betriebe bis zu 20 Mitarbeitern möchten wir von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlasten. Generell gilt, dass wir sowohl eine gesetzliche Geschlechterquote für Führungsgremien ablehnen als auch eine Reformierung des Antidiskriminierungsgesetzes anstreben, da eine ausufernde Bürokratie kein Ersatz für einen wirklichen Mentalitätswandel sein kann. Darüber hinaus sprechen wir uns für die Beendigung der Zwangsmitgliedschaft in Organisationen wie der Arbeitnehmerkammer und der Industrie- und Handelskammer aus.

Wir werden uns dafür verwenden, dass bei der Auftragsvergabe im öffentlichen Bereich alle vorhandenen Spielräume genutzt werden, um eine angemessene Berücksichtigung des örtlichen Mittelstandes zu erreichen, dazu gehört auch die Ausschreibung kleiner Lose, um konform mit dem europäischen Vergaberecht zu bleiben. Auch in diesem Zusammenhang sehen wir das geplante TTIP kritisch. Für unsere mittelständischen Unternehmen in Handwerk und Bauwirtschaft ist die öffentliche Hand ein wichtiger Auftraggeber.

Wir werden dafür kämpfen, dass unsere Infrastruktur entwickelt und modernisiert wird. Investitionen in die Infrastruktur wollen wir bei der Haushaltsgestaltung Priorität einräumen. Dabei muss sich der Ausbau der Hafeninfrastruktur am prognostizierten Wachstum orientieren. Der Flughafen darf keinen relativen Bedeutungsverlust erfahren, sondern muss als Drehscheibe der Metropolregion Bremen-Oldenburg gefördert werden.

Wir werden fordern, dass der Gewerbesteuersatz stabil gehalten wird. Kommunal beeinflussbare Steuern sind wichtige Faktoren im Standortwettbewerb.

Wir werden darauf hinwirken, dass der Tourismus seiner wachsenden Bedeutung gemäß gefördert wird. Bremen und seine Umgebung sind attraktive Reiseziele, für deren internationale und überregionale Bekanntheit wir noch viel tun können.

Bei allem Engagement für Bremen dürfen wir aber nicht außeracht lassen, daß wir uns im Wettbewerb mit starken Metropolen befinden. Als kleinster Stadtstaat sollten wir uns deshalb nicht als Insel betrachten. Die Alternative für Deutschland in Bremen befürwortet und unterstützt die Einbindung in die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten, denn nur vernetzt lässt sich nachhaltiges und intelligentes Wachstum bewerkstelligen. Über 2,7 Millionen Einwohner und 900.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion sind ein starkes Argument für selbstbewusstes Auftreten und die erfolgreiche Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen.

2.3 Verkehr und Infrastruktur

Eine gute verkehrstechnische Erreichbarkeit innerhalb Bremens ist für Handel und Handwerk sowie die Hafen- und Logistikwirtschaft von existentieller wirtschaftlicher Bedeutung. Eine den Verkehrsfluss behindernde Verkehrspolitik schreckt ansiedlungswillige Unternehmen ab und drängt sie ins Umland. Dringende Projekte wie die Schließung des Rings der Stadtautobahn A 281 müssen absolute Priorität bekommen und zügig umgesetzt werden. Klare Positionen in der Verkehrspolitik senden positive Signale für unternehmerische Ansiedlungsprojekte.

Die Alternative für Deutschland in Bremen fordert die Sicherung, Modernisierung und den Ausbau aller Teile der Verkehrsinfrastruktur zur Zukunftssicherung Bremens und Bremerhavens. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung moderner Gesellschaften und der Wirtschaft. In weiten Teilen des Straßennetzes sind die Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. bereits überschritten. Durch die unterlassene Instandhaltung großer Teile der Infrastruktur hat Bremen in den letzten Jahren von der Substanz gelebt.

2.3.1 Die aktuelle Planungslage

Das aktuelle Handlungskonzept 2025 des derzeitigen Senators für Umwelt, Bau und Verkehr ist geprägt von ideologischer Feindseligkeit und geplanten Nadelstichen gegen den motorisierten Individualverkehr. So sollen beispielsweise Hauptverkehrsachsen auf Tempo 30km/h gebremst, künstliche Staus durch Rückbaumaßnahmen provoziert und Parkraum konsequent reduziert werden. Diese Politik trifft den Bremer Einzelhandel und die Wirtschaft insgesamt und wendet sich gegen die Bevölkerung, insbesondere gegen Pendler und Kunden.

Die Alternative für Deutschland in Bremen möchte Verkehrserleichterungen und keine Schikanen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass jeder Verkehrsteilnehmer möglichst zügig, sicher und bequem sein Ziel erreichen kann, unabhängig davon, ob Auto, Rad oder ÖPNV benutzt werden.

Deshalb lehnen wir eine restriktive Verkehrserziehungspolitik ab und fordern statt dessen die Entwicklung zukunftsweisender Verkehrskonzepte unter Einbeziehung des Individualverkehrs, z.B. durch Förderung der Elektromobilität.

2.3.2 Die Rahmenbedingungen für ein ausgeglichenes Straßenverkehrskonzept

Eine gleichberechtigte Akzeptanz aller Verkehrsträger ist anzustreben. Die Gültigkeit der Straßenverkehrsordnung ist für alle Verkehrsteilnehmer durchzusetzen. Das bedingt eine stärkere Integration der Radverkehre in die Verkehrslenkung. Die Aufrechterhaltung der Straßenverkehrsordnung für den Bereich Radverkehr ist durch eine ausreichend mit Personal ausgestattete Fahrradstaffel der Polizei sicherzustellen.

Um die Innenstadtverkehre insbesondere im Berufsverkehr zu optimieren, sollte der morgendliche Schulbeginn stadtweit entzerrt werden. Die Haltebuchten für Busse sind zu rekonstruieren, die innerstädtischen Hochstraßen zu erhalten. Die Trassenführung der Straßenbahn darf nicht dazu missbraucht werden, den Individualverkehr bewusst auszubremesen.

Verkehrsberuhigungen von Ausfallstraßen sind zurückzunehmen, da dadurch die Produktivität eines Großteiles von fast 170.000 Ein- und Auspendlern unnötigerweise eingeschränkt wird und zusätzliche Umweltbelastungen durch unnötige Brems- und Beschleunigungsvorgänge erzeugt werden.

Der kostspielige Rückbau von Straßenzügen wie z.B. der Neuenlander Straße und der Parkallee ist zu unterlassen. Die dafür vorgesehenen Mittel sind an anderen Stellen sinnvoller einsetzbar.

Bereits im Stadium von Planungen von Projekten wie der Umwidmung von Straßen in Fahrradstraßen oder Fußgängerzonen sind die Bürger einzubinden und die Entscheidungen der Beiräte unbedingt zu befolgen.

2.3.3 Überregionale Anbindung von Bremen

Seit dem Bau des Bremer Hauptbahnhofs in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts werden jegliche Verkehre, auch die Güterverkehre, durch den Hauptbahnhof hindurchgeleitet. Dies ist wegen der Gefährdung und der Geräuscentwicklung nicht nur für die wartenden Fahrgäste lästig, es behindert einen störungsfreien Personenverkehr in jeder Hinsicht. Planungen für zügige Vorortverkehre werden durch die langsamen und langen Güterzüge belastet. Eine Umgehung des Bahnhofs für Güterzüge ist anzustreben. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die Planung der Y-Trasse so modifiziert werden kann, dass eine direkte Anbindung Bremerhavens an das Güterverkehrsnetz der Bundesbahn unter Umgehung des Bremer Stadtgebietes erreicht werden kann. Dies trägt der Tatsache

Rechnung, dass sich der Hafenumschlag wesentlich von den Stadtbremischen Häfen nach Bremerhaven verlagert hat.

Der Flughafen als eine zentrale Drehscheibe in Norddeutschland ist weiter auszubauen. Insbesondere die Anbindung an internationale Drehkreuze ist zu verbessern. Das Nachtflugverbot bleibt dabei unangetastet.

Als Betriebsstandort würde Bremen erheblich an Attraktivität gewinnen, wenn die inner-deutschen Verbindungen ausgebaut werden würden.

2.4 Energie

Moderne Stromversorgung kommt von See. Sechs Offshore-Windparks sind bereits in der Nordsee in Betrieb und leisten mit fast 1.000 Megawatt etwa so viel wie ein konventionelles Kraftwerk, sechs weitere Windparks sind im Bau und mehr als doppelt so viele geplant. Das Land Bremen hat an dieser energiepolitischen Entwicklung maßgeblichen Anteil, denn Bremerhaven entwickelte sich zum technologischen Kompetenzzentrum für Windenergie. Dazu gehört auch die Zukunft von Windkraftanlagen an Land.

Die energiewirtschaftliche Rolle des Oberzentrums Bremerhaven mit seinen Häfen am seeschifftiefen Wasser muss erhalten und gestärkt werden. Die angesiedelten Betriebe für Offshore-Anlagen und die einschlägigen wissenschaftlichen Institute haben bereits über eine Milliarde Euro investiert. Die AfD unterstützt die Überwindung von Hemmnissen und den Abbau von Hindernissen für diese Energie-Zukunft vom Meer. 40.000 Megawatt sind in der Planung!

Zur Zeit sind im Oberzentrum Bremerhaven sowie im Umland rund 10.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von dieser Zukunftsbranche abhängig, die den Schiffbau als traditionelle Industrie an der Küste in seiner Größenordnung ablöst, aber auch durch Aufträge befruchtet. Die jüngste Novelle zum Erneuerbaren Energie Gesetz (EEG) trägt trotz aller Kritik an diesem Gesetz dazu bei, die vorübergehende Stagnation in der Offshore-Branche zu überwinden. Die Energie von Meer und Wind erscheint eindeutig als die Alternative für Deutschland.

2.4.1 Erzeugung

Bis zum Zeitpunkt 2050 muss der notwendige Weg ideologiefrei beschritten werden und vor allem kein Energieträger als Brückentechnologie ausgeschlossen werden. An den realen Gegebenheiten der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet, basierend auf der regenerativen Erzeugung von Strom mit Wind-, Solar-, Wasser- und Thermalerzeugung, soll die Zielprojektion erreicht werden. Umweltfreundliche dezentrale Ausgleichsmaßnahmen sind einzuplanen.

2.4.2 Fracking und Biogasanlage

Fracking als Maßnahme zur Erschließung von bisher nicht zugänglichen Öl- und Gasvorkommen lehnen wir ab.

Ebenfalls lehnen wir die Erzeugung von so genanntem Biogas ab. Die Ausnahme sollten Anlagen sein, die Abfälle der Landwirtschaft zur Stromerzeugung einsetzen. Ausschließliche Anbauflächen mit Mais führen zu kritischen Monokulturen. Roggen- und Gersteanbau ist Misswirtschaft für Energieerzeugung und gehört in die Tierfutter-Erzeugung.

2.4.3 Speicherung

Einer der energiepolitischen Schwerpunkte muss es sein, nach der Förderung der Energieerzeugung, gleich welcher Art, nun den Fokus auf die Erforschung der Speicherung zu legen.

2.4.4 Transport

Der Netzausbau ist detailliert im Masterplan festzuschreiben.

Als Transportsysteme kommen in Frage:

- a.) Oberirdische Übertragung in bekannter 400 kV-Technik.
- b.) Unterirdische Verlegung der Leitungen in Tunnelsystemen
- c.) Übertragung über Hochspannungs-Gleichstrom-Netze.

2.4.5 Erblasten

Atommüllendlagerung, CO₂-Einlagerung bzw. Einpressung in Gesteinsschichten und die Schwefelrückstände aus Kohlekraftwerken sind die wesentlichen Aufgabenstellungen.

Für den ideologiefreien und demokratischen Findungsprozess ist es wichtig, dass Gefahren benannt und die künftige Beseitigung von Erblasten offen diskutiert werden. Ein realistischer Lösungsansatz muss umgehend erarbeitet und zeitnah umgesetzt werden.

2.5 Umwelt

Ein durchgängiges Konzept für eine sinnvolle Umweltpolitik ist in Bremen seit Jahren vakant. Das schlägt bis in die Stadtentwicklung und die Verkehrspolitik durch, in denen Entscheidungen getroffen wurden und werden, die als "Opfergabe" an eine grüne Ideologie zu erkennen sind.

Die dadurch oft halbherzig in Angriff genommenen Projekte sind nicht effektiv oder werden durch vernachlässigte Maßnahmen kompensiert. Ein beispielhaftes Szenario ist das Trauerspiel um die Feinstaubbelastung in Bremen.

Unbestritten ist: Feinstaub ab einer gewissen erhöhten Konzentration und über längere Zeiträume hinweg ist gesundheitsschädlich. Eine sinnvolle Gewichtung der zu treffenden Maßnahmen ist jedoch unverzichtbar, wenn nicht nur medienwirksam Aktionismus gezeigt werden soll.

Die mit viel Pressebeteiligung eingeführte "Umweltzone" in Bremen ist mit 7 km² die kleinste Zone in Deutschland und dürfte in ihrer Effektivität lediglich eine Feigenblattfunktion haben. An wenigen Punkten wird mit erheblichem Aufwand durch Messstationen nachge-

wiesen, dass die Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr sinkt, wenn der Verkehr auf den Straßen reduziert wird, an denen die Messstationen stehen. Faktisch nachgewiesen ist allerdings, und auch bereits durch Gutachten belegt, dass die Messwerte sich signifikant verbessern, wenn die Messstationen nur 5 Meter entfernt vom Straßenrand aufgestellt werden.

Die Verkehrssteuerung an von den Messstellen weit entfernten Stellen steht den Argumenten der Umweltzone vollständig entgegen. Stark befahrene Hauptstraßen sind in ihrer Ampelschaltung so eingestellt, dass bei normaler Stadtgeschwindigkeit ein Stopp an fast jeder Kreuzung notwendig ist. Hierin ist ein System erkennbar, das eindeutig einem autofeindlichen Dogma geschuldet ist. Zur Feinstaubreduzierung tragen solche verkehrspolitischen Maßnahmen nicht bei.

Auf dem Gebiet der Stromerzeugung wird weiterhin auf Kohle gesetzt, die zudem auch noch über Wilhelmshaven von weit her importiert und mit über 500 m langen Kohlezügen durch halb Norddeutschland transportiert wird, um zu ihren Bestimmungsorten in Bremen zu gelangen. Der Umschlag der Kohle vom Transportmittel auf eine beim jeweiligen Kraftwerk angelegte Freifläche als Lagerort allein setzt schon mehr Feinstaub frei als jemals durch den Straßenverkehr eingespart werden kann; hierbei ist die Staubbelastung entlang des gesamten Transportwegs noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Umstellung der Kohlekraftwerke auf Gasbefeuerung halten wir für eine zwar teure aber wirkungsvollere Übergangsmaßnahme, um die Feinstaubmenge in Bremen wesentlich zu reduzieren.

Für Bremerhaven gilt ähnliches für die offene Deponie Grauer Wall. Die von dort ausgehende Belastung nicht nur an Feinstaub betrifft ein ganzes Wohngebiet.

Der Gesundheitspark Speckenbüttel grenzt direkt an die Grauer-Wall-Deponie. Dort werden 106 verschiedene Schadstoffe gelagert, davon 29 hochgiftig. Deren gesundheitsgefährliche und lungendurchlässige Stäube entstehen in Sichtweite von Finnbahn-Joggern und Klettersportlern und werden von diesen inhaliert, unangenehme Gerüche eingeschlossen.

Aus kommerziellen Gründen lässt der rot/grüne Magistrat die Deponie von BEG und Remondis betreiben. Die Alternative für Deutschland unterstützt die bestehende Bürgerinitiative in ihren wesentlichen Forderungen und setzt sich ein für:

- Fortsetzung und Erweiterung des bisher nur für ein Jahr eingeleiteten Messstellenprogramms.
- Sofortige Umsetzung des vom Stadtparlament beschlossenen Monitoring-Verfahrens (Analyse von Baumrinde)
- Schnelle Einrichtung eines kleinräumigen Krebsregisters für Speckenbüttel. (Daten vorhanden, Methode auch)
- Einrichtung eines behördenübergreifenden parlamentarischen Kontrollteams über die Schadstoffgefahr und über das Grundwasserproblem (Der Deponeiekörper steht bereits unter dem Grundwasserspiegel).
- Einsetzung von Krisengremien für regionale Sonderfälle.

2.6 Tourismus

Das Bundesland Bremen zieht jedes Jahr über eine Million Übernachtungsgäste und eine noch erheblich größere Zahl an Tagestouristen an. Die Hotels sind im bundesdeutschen Vergleich gut ausgelastet, Touristen setzen rund 1 Mrd. Euro p.a. um und unterhalten etwa 60.000 Arbeitsplätze. Für die Zukunft wollen wir diese Arbeitsplätze sichern und wo möglich ausbauen.

Damit dieses möglich ist, müssen die Städte im Land Bremen als sicher wahrgenommen werden. Ein verbessertes internationales Marketing insbesondere Bremerhavens ist anzustreben.

Die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes in der geplanten Weise ist zu stoppen. Baupläne haben sich dem Bahnhofsgelände anzupassen. Niedrige Bäume und eine kleinteilig geplante Grünanlage mit Bänken zum Verweilen können das Eingangstor Bremens betonen.

Der Busbahnhof vor dem Cinemaxx ist eine Fehlplanung und viel zu klein. Die Ausweichmöglichkeit am Breitenweg ist nicht praktikabel und für die Buspassagiere zum Teil lebensgefährlich. Jahrelang war der Platz vor dem Übersee-Museum als Busbahnhof ausreichend und die direkte Bahnhofsnähe ein unschätzbarer Vorteil. Ein Rückbau in den alten Zustand ist anzustreben. Eine nutzlose Rasenfläche an der Stelle ist eine verschenkte Möglichkeit. Die Gefährdungen der aussteigenden Buspassagiere am jetzigen Busbahnhof am Breitenweg würden dadurch erheblich minimiert.

2.7 Digitalökonomie

Die Erkenntnisse aus den Geheimdienstüberwachungen müssen zu erhöhter Internetsicherheit führen und zu einer bürgerfreundlichen und wirtschaftlich stabilen Digitalökonomie.

Die Digitalisierung ist aus einer modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie mischt sich in alle Lebensbereiche ein und übernimmt an vielen Stellen Regelaufgaben. Sie schafft Erleichterungen für die Bürger und macht Verwaltungsaufgaben transparent und effizienter. Allerdings kann Technik nicht ohne Kontrolle der Prozessabwicklung arbeiten, die nachvollziehbar dokumentiert werden muss. Somit entsteht bei allen Handlungen, die jemand mit einem technischen Gerät vornimmt oder die durch technische Geräte durchgeführt werden, ein sogenanntes Protokoll, das die Handlung mit Datum und Uhrzeit, den Start und die Beendigung der Handlung aufzeichnet. Das gilt für alle automatisierten Gerätschaften. Ob das nun ein Mobiltelefon ist, aus dessen Metadaten ganze Handlungsstränge nachvollzogen werden können, oder ganz simpel das Versenden einer eMail bzw. das Anwählen einer Webseite im Internet.

Diese Nachvollziehbarkeit ist ein Segen für die Störungssuche, andererseits aber eine Belastung der Privatsphäre, wenn es einem speziellen Personenkreis möglich ist, diese Nachvollziehbarkeit auszunutzen.

Eine weit fortgeschrittene Globalisierung bei der Herstellung solcher digitalen Geräte und der zum Betreiben notwendigen Software hat dazu geführt, dass in Deutschland eine solche Fabrikation nur noch in spezieller Einzelfertigung oder überhaupt nicht mehr stattfin-

det. Die Abhängigkeit ist so weit gediehen, dass alle staatlichen Verwaltungsstellen Geräte einsetzen müssen, die im Ausland hergestellt wurden und deren Prozesskette nicht nachhaltig dokumentiert ist. Eventuelle Manipulationen und damit eine Korruptierbarkeit von Regierungs- und Verwaltungsaufgaben sind nicht oder nur schwer nachzuweisen. Die Debatte um den Whistleblower Edward Snowden hat ab Mai 2013 tiefe Einblicke gegeben, wo Handlungsbedarf besteht. Diesen Themen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Es bedarf einer neuen Strategie und einer neuen Politik in der Informationstechnik für Bremen und für Deutschland als Ganzes.

Durch die im Sommer 2013 erfolgte Enttarnung der Geheimdienstaktivitäten zweier Alliierten in Deutschland, die mit Unterstützung der deutschen Dienste eine flächendeckende Überwachung der Bürger in Deutschland durchgeführt haben, ist eine unhaltbare Situation für die Bürger nicht nur in Bremen, sondern in Deutschland gesamt offenkundig geworden. Zudem ist durch die mittlerweile verfügbaren Technologien und den unbedarften Umgang der Nutzer mit den vorwiegend aus amerikanischer oder amerikanisch beeinflusster Produktion stammenden neuen Medien eine Qualität von Überwachung entstanden, die fast an Perfektion heranreicht. In jedem Fall ist diese Überwachung eine eklatante Grundrechtseinschränkung der Bevölkerung, flächendeckend.

Die alliierten Geheimdienste werden freiwillig ihre Abhörpraktiken nicht ändern. Jede Initiative in diese Richtung ist zum Scheitern verurteilt. Das Argument, gegen Terrorismus keine andere Möglichkeit zu haben, ist vorgeschoben. Die angeblich verhinderten Terroranschläge sind nicht belegbar, und die angegebenen Zahlen sind reine Spekulation. Es wird nur eine Änderung eintreten, wenn eine Umgestaltung der Kontrollmechanismen für die Dienste durchgeführt und die Effizienz der Kontrolle gesteigert wird. Offensichtlich ist, dass die derzeitige parlamentarische Kontrolle versagt hat und komplett neu zu ordnen ist. Dies ist zwar kein Bremen spezifisches Thema, es kann nur auf Bundesebene gelöst werden, aber Bremen sollte sich über seine Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Bundespolitik gerade bei diesem Thema intensiv einmischen.

Bremen als Hochtechnologiezentrum muss sich des Themas Industriespionage annehmen und der Sicherung und Stärkung des deutschen Einflusses in sogenannten „europäischen“ Konzernen widmen.

2.7.1 *Einsatz quelloffener Software für alle Verwaltungsaufgaben*

So wie in ganz Deutschland die Verwaltungsstellen mit Software arbeiten, die in Amerika entwickelt wurde und bei der mittlerweile bekannt ist, dass eingebaute Hintertüren keine Seltenheit sind, gibt es nur eine Möglichkeit, sich vor solchen Zugriffen zu schützen. Der Einsatz von quelloffener Software erlaubt die Validierung des Quellcodes, bei der festgestellt werden kann, ob sich Hintertüren oder Schadcode darin befinden. Aus sauberem Code kann dann Software kompiliert werden, die für staatliche Einsatzzwecke einen sicheren Betrieb ermöglicht, wenn die Netzwerkumgebung dem gleichen Sicherheitsstandard genügt.

Um hierfür weitgehend autonom zu werden, ist die Entwicklung eigener Software wieder zu fördern und vor allem den Mittelstand für diese Zwecke einzubinden. Dies bindet Entwicklerkapazität in Bremen, und die Ansiedlung von Firmen im IT-Umfeld wird unterstützt.

So wie München eine eigene Linux Distribution namens Limux für die Stadtverwaltung entwickelt hat, ließe sich vorstellen, eine Bremux Version für die Verwaltungsstellen und den gesamten Bildungsbereich zusammenzustellen und auf die bremischen Anforderungen anzupassen. Die Einsparung erheblicher Lizenzkosten wäre ein der Bremischen Finanzlage entsprechender weiterer Vorteil. Uns ist bewusst, dass amerikanische Softwareunternehmen in München derzeit erfolgreich Lobbyarbeit gegen diese unabhängigen Entwicklungen betreiben.

Um die Förderung von quelloffener Software auch auf wissenschaftlicher Ebene zu begleiten und weiter zu stärken, ist die Universität Bremen mit ihrem Wissensstand einzubinden. Von hier könnten spezifische Softwareentwürfe für angepasste Verwaltungsaufgaben der Landesregierung und der Verwaltungsstellen kommen.

2.7.2 Unabhängigkeit von auf dem Markt befindlicher möglicherweise manipulierter Hardware

Für die einzusetzende Hardware gilt Ähnliches. Schließen sich Bundesregierung und Landesregierungen zusammen und beschaffen Standardbauteile bei einschlägigen asiatischen Herstellern, können für entsprechend große Serien Sonderwünsche Berücksichtigung finden. Da Verwaltungsrechner mit Standardbauteilen auskommen, ließe sich hier bei der Beschaffung ein erheblicher Kostenvorteil erwirtschaften.

2.7.3 Förderung von Ende zu Ende Verschlüsselung

Um sichere elektronische Informationsübermittlung möglich zu machen, ist die Ende zu Ende Verschlüsselung in einer praktikablen Version für alle Systeme zur Verfügung zu stellen. Da zwar mittlerweile einige Systeme verfügbar sind, diese aber von den meisten Benutzern als zu umständlich zu bedienen beschrieben werden, ist hier noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu leisten. Hierfür könnten geförderte Forschungsprogramme der Universität ihren Beitrag leisten oder Unternehmensgründer mit neuen frischen Ideen eine breite Basis schaffen, um leicht benutzbare eMail-Verschlüsselung für "jedermann" zu entwickeln.

Ein eigener, von der Landesregierung betriebener Bremischer Schlüssel-Server für die öffentlichen Schlüssel der asymmetrischen Verschlüsselungsverfahren könnte dieses Bild abrunden und bürgerfreundlicher machen.

2.7.4 Die Bremischen Dokumente der Stadtgeschichte

Die Bremische Geschichte ist lang und spannend. Im Staatsarchiv liegen Folianten von unschätzbarem Wert. Nur Wenige nehmen die Möglichkeit wahr, sie einsehen zu können und Studien zu betreiben. Viele Schriftrollen sind einmalig und oft nur von wenigen Historikern begutachtet worden. Um diese Kleinode einer breiteren Bevölkerung zugänglich zu

machen, wollen wir diese Dokumente digitalisieren und ins Internet stellen lassen. Dies würde der Bremischen Geschichte zugute kommen, weil sich möglicherweise mehr Menschen damit befassen und auch in weniger bekannte Zeitabschnitte etwas mehr Licht ins Dunkel gebracht werden kann.

2.8 Verbraucherschutz und Freihandelsabkommen

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union ist unter dem Namen Transatlantic Trade Investment Partnership (TTIP) in intransparenten und geheimen Verhandlungen im Sommer 2013 auf den Weg gebracht worden. Die hohen Versprechen von Gewinnerwartungen gehen von "Best Case Szenarien" aus, die realistisch betrachtet nicht erreicht werden können. Erste Zwischenergebnisse der Verhandlung sind nur durch Indiskretionen an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Alternative für Deutschland in Bremen ruft die Bevölkerung unserer beiden Handels- und Hafenstädte zum entschiedenen Widerstand gegen das TTIP auf und erklärt sich gegen die Art des Zustandekommens des Vertragswerkes.

Der Abbau sogenannter Handelshemmnisse steht an vorderster Stelle der Wunschliste. Die wesentlichen "Barrieren" sind aus Sicht der US-Verhandlungsdelegation jedoch keine Handelshemmnisse im eigentlichen Sinne, vielmehr geht es um die Abschaffung von Schutzbestimmungen wie Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzgesetzen und gewerkschaftlich erreichte Tarifvereinbarungen.

Da in der Europäischen Union die Patentierung von Tierrassen und Pflanzensorten grundsätzlich verboten ist, wird auch das europäische Patentrecht unterlaufen. Nach dem Willen internationaler Nahrungsmittelkonzerne werden Patente auf konventionelle, also nicht gentechnische Züchtungsverfahren bei Tieren und Pflanzen angestrebt. Zudem sind hinsichtlich der zu beobachtenden Konzentration des Saatgutmarktes Maßnahmen erforderlich, die einer Monopolisierung entgegen wirken. Beides ist erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln langfristig zu sichern. Die Alternative für Deutschland Landesverband Bremen setzt sich für ein gesetzliches Verbot von Patenten auf Nutztiere und -pflanzen ein.

Die schwerwiegendste Einschränkung europäischer Werte jedoch ist die Implementierung der Möglichkeit von Investor-Staat-Klagen, die nicht vor einem ordentlichen nationalen Gericht verhandelt werden, sondern vor einem verbindlichen privaten Schiedsgericht, wenn politische Entscheidungen von Staaten die Gewinnerwartung von US-Konzernen schmälern. Die beispielhaften Verurteilungen Boliviens oder Tschechiens geben hier einen Einblick in die mögliche spätere Entwicklung.

Das Kanadische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) muss mit derselben Skepsis betrachtet und abgelehnt werden. Das Zustandekommen ist mit derselben Intransparenz geschehen. Sollte TTIP scheitern aber CETA abgeschlossen werden, werden amerikanische Firmen über ihre kanadischen Tochterfirmen auf Grundlage CETA das TTIP unterlaufen.

Durch die Liberalisierung von Dienstleistungen wird vor allem der Finanzdienstleistungssektor wieder dereguliert. Die in Europa erreichten Verbraucherstandards stehen dann wieder zur Disposition.

Durch das TTIP wird das in den Lissabon-Verträgen festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip für den öffentlichen Sektor endgültig unterlaufen. Das gefährdet den für die Grundversorgung in den Kommunen wichtigen Ortsbezug der Versorgung mit Wasser, Gas und Strom.

Das gesamte bisherige Beschaffungswesen des öffentlichen Sektors und die Infrastrukturpflege in ganz Europa wären ebenfalls betroffen. Die hier zu antizipierenden massiven Einschränkungen gilt es zu vermeiden.

3 Innere Sicherheit

Für die meisten Bürger ist es ganz normal, in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat zu leben. Unsere Menschen- und Freiheitsrechte sind durch das Grundgesetz garantiert. Wir müssen in unserer Rechtsordnung Willkür nicht fürchten. Im Alltag gilt nicht das Gesetz des Stärkeren, sondern der Einzelne ist prinzipiell in seiner körperlichen Unversehrtheit geschützt.

Die Alternative für Deutschland in Bremen ist der Überzeugung, dass heute ein jeder von uns gefordert ist, die Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer wieder aufs Neue aktiv gegen Anfeindungen zu vertreten und sich immer wieder für die Erhaltung unserer Rechtsordnung einzusetzen.

Beide, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie unsere Rechtsordnung, haben sich über Jahrhunderte unter großen Opfern und geprägt durch die Aufklärung aus unserer abendländischen Kultur entwickelt. Beide sind mittlerweile sowohl durch eine falsch verstandene Toleranz unserer Gesellschaft gegenüber anderen Kulturen als auch durch immer mehr Menschen bedroht, die sie offen ablehnen.

Die Alternative für Deutschland fordert, keinerlei parallele Gesellschafts- und Rechtsordnung zu akzeptieren.

Toleranz gegenüber Intoleranz, gegenüber den Feinden unserer Werteordnung, ist selbstzerstörerisch.

Innere Sicherheit - mehr als nur Kriminalität bekämpfen

Sich sicher zu fühlen, ist ein wichtiges Stück Lebensqualität für jeden Menschen. Die Gewährleistung von Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und seiner Politik.

Die Innere Sicherheit im Lande Bremen ist objektiv gefährdet und gegenüber anderen Bundesländern auf einem unrühmlichen Stand. Die zuletzt 2013 vorgelegte polizeiliche Kriminalstatistik ist nicht transparent genug. Wir fordern unter Verzicht auf eine fragwürdige „politische Korrektheit“ die weitere Offenlegung und eine differenzierte Betrachtung nach Tätergruppen als eine wichtige Basis zielgerichteter Prävention und Verbrechensbekämpfung.

Die Duldung der bisherigen Missstände sowie die o.g. Intransparenz durch die etablierten Parteien tragen dazu bei, dass viele Bürger subjektiv verunsichert sind.

Die Alternative für Deutschland setzt sich konsequent und entschlossen für die Bekämpfung der Kriminalität ein. Dies bedeutet für uns konkret folgende Punkte:

3.1 Prävention / Resozialisierung

Um Straffälligkeit bereits im Keim zu ersticken und „kriminelle Karrieren“ zu verhindern, legt die Alternative für Deutschland einen Schwerpunkt auf die Prävention und auf den Abbau von Jugendkriminalität. In die Prävention und Bekämpfung von Kriminalität müssen

außer den Sicherheitsbehörden wie der Polizei und dem Staatsschutz auch andere staatliche Institutionen wie beispielsweise das Jugendamt oder die Schulbehörden eingebunden werden. Prävention geht hier vor Datenschutz. Dies bedeutet keinesfalls, dass die jugendlichen Ersttäter an den Pranger gestellt und öffentlich als Kriminelle stigmatisiert werden dürfen. Vielmehr geht es darum, weiteres Fehlverhalten frühzeitig zu erkennen und effektiver verhindern zu können. Bei der Weitergabe von personenbezogenen Daten müssen dahingehend eindeutige und strenge Vorgaben eingehalten werden.

3.2 Konsequenter Umgang mit jugendlichen Straftätern

Bei jungen Delinquenten ist es wichtig, ihnen frühzeitig die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens aufzuzeigen, einen Abschreckungseffekt und bestmöglich einen Umdenkprozess zu erzeugen.

Hierzu ist es wichtig, gemäß den Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in allen Fällen ein beschleunigtes Verfahren zu eröffnen und dieses zum Abschluss zu bringen. Es ist hinlänglich bekannt und empirisch belegt, dass nur dann eine erzieherische Wirkung erzielt wird, wenn den Straftätern schnellstmöglich nach der begangenen Tat ihr Fehlverhalten aufgezeigt wird.

Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich ferner dafür ein, jugendliche Straftäter verstärkt durch nachhaltige Maßnahmen zur Verankerung in unserer Gesellschaft zu begleiten. Hierzu gehören Ausbildung und schulische sowie berufliche Qualifizierung sowie deren konsequente Nachhaltung.

Als mögliches Sanktionsmittel des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ist die sogenannte „unbestimmte Jugendstrafe“ (ehemals §19 JGG) neu zu überdenken und gegebenenfalls wieder in Kraft zu setzen.

3.3 Konsequente Verfolgung von Straftaten

Es darf unter keinen Umständen zu einer Bagatellisierung von Straftaten kommen. Wer sich als Mitglied dieser Gesellschaft nicht an die geltenden Normen und Gesetze hält, muss für sein Fehlverhalten mit einer angemessenen Strafe rechnen. Die zur Verfügung stehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sind dabei konsequent anzuwenden. Verurteilte Straftäter, die gegen ihre Bewährungsaufgaben verstoßen haben oder in ihrer Bewährungszeit erneut strafrechtlich in Erscheinung treten, müssen zwingend mit einer freiheitsentziehenden Maßnahme rechnen.

Eine strafmildernde Berücksichtigung kultureller, religiöser oder sozialer Umstände außerhalb der deutschen Verfassung und Gesetze lehnen wir strikt ab. Ein Migrationshintergrund darf nicht zu einer wie auch immer gearteten Diskriminierung führen; umgekehrt darf ein Migrations- oder sonstiger Hintergrund jedoch auch kein Freibrief vor konsequenter Strafverfolgung mit allen gesetzlich vorgesehenen Mitteln sein. Ein „Wegsehen“ aus ideologischen Gründen hat zu unterbleiben; Realitäten sind klar zu benennen.

Die Opfer von Straftaten, insbesondere hilfsbedürftige Menschen, müssen jede angemessene Fürsorge erhalten. Opferschutz geht der Alternative für Deutschland vor Täterschutz.

3.4 Organisierte Kriminalität

Das Land Bremen hat bereits seit längerer Zeit ein bekanntes Problem sowohl mit ethnischen Clans als auch mit sogenannten „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG). Oftmals lassen sich jene Gruppierungen der organisierten Kriminalität zuordnen.

Der Staat hat große Probleme damit, gegen die inzwischen gesellschaftlich etablierten Strukturen dieser Gruppierungen strafrechtlich anzukommen. Durch gegenseitige Verschwiegenheit oder Bedrohung, Erpressung und Einschüchterung von Zeugen gelingt es ihnen immer wieder, sich einer Strafe vor Gericht zu entziehen. Auch in diesem Zusammenhang darf eine Paralleljustiz nicht geduldet werden.

Die Bremer Politik hat in der Vergangenheit diesbezüglich nur äußerst halbherzig Stärke gezeigt. Die ausgesprochenen Vereinsverbote beispielsweise greifen zu kurz und können die kriminellen Machenschaften weder unterbinden noch verhindern.

Der Staat stößt hier in einigen Fällen offenbar an seine Grenzen.

Wir setzen uns dafür ein, die organisierte Kriminalität im Lande Bremen entschieden zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass zukünftig kriminellen Strukturen der Nährboden entzogen wird. Dies wird nur gelingen, wenn alle involvierten Institutionen zusammenarbeiten, um ein bestmögliches Resultat zu erlangen und die derzeitigen, nicht akzeptablen Zustände zu beenden.

3.5 Rückführung straffällig gewordener Ausländer

Kein Mensch sollte in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Herkunft diskriminiert oder benachteiligt werden. Doch wer sich als Ausländer nicht an die hier geltenden Gesetze und Vorschriften hält und stattdessen wiederholt straffällig wird, ist bei Erfüllung der Voraussetzungen des Aufenthaltsgesetzes in sein Heimatland zurückzuführen. Die bestehenden Gesetze sind hier konsequent einzuhalten. In jedem Einzelfall ist die Möglichkeit zu prüfen, die Haftstrafe im Herkunftsland zu den dortigen Bedingungen ableisten zu lassen.

3.6 Verbesserung des Schutzes von Gesundheit und Leben von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden

Es ist inakzeptabel, dass Polizeibeamte sowie Einsatzkräfte der Feuerwehr beleidigt oder gar körperlich angegriffen werden. Dies ist durch die konsequente Anwendung bestehender Strafgesetze, eine vorausschauende, lagegerechte Einsatzplanung bei Großeinsätzen, eine effektive Schutzausstattung, eine angemessene Eigensicherung sowie durch regelmäßige Einsatztrainings unter realitätsnahen Bedingungen möglichst pro-aktiv zu verhindern. Einsatzkräften, die zu Opfern werden, ist jeglicher Beistand zur Wiedererlangung ihrer körperlichen und geistigen Einsatzfähigkeit zu gewähren. Die Politik muss dahingehend ihren Mitarbeitern den Rücken stärken.

3.7 Besserer Schutz von älteren und körperlich-/ geistig eingeschränkten Menschen

Bei Delikten wie z.B. Raub, Diebstahl oder Betrug suchen sich Täter häufig ältere Menschen als ihre Opfer aus. Die Gründe hierfür sind klar ersichtlich. Ein meist geringer, körperlicher Widerstand, eine verminderte Auffassungsgabe sowie eine eingeschränkte Fähigkeiten der Mitwirkung bei der polizeilichen Aufklärung lassen diese Menschen immer öfter Opfer von Straftaten werden. Seitens der Täter wird billigend in Kauf genommen, dass sich ältere und benachteiligte Menschen von den Folgen eines Verbrechens nur schwer erholen.

Wir setzen uns dafür ein, die Ahndung von Straftaten auf ältere und benachteiligte Menschen deutlich zu verschärfen und über Präventionsberatung, Aufklärungskonzepte und Kontrollen die subjektive und objektive Sicherheit dieser Personengruppen zu verbessern.

3.8 Sachgerechte Tierhaltung

Die beim Innensenator erstellte Rassenliste für Hunde lenkt vom eigentlichen Problem ab, denn die Hundehalter sind zu konditionieren ein Tier aus der Liste auch führen zu können. Ein verpflichtender "Hundeführerschein" ist einzuführen.

Dass ein Tier als Sache betrachtet wird ist auf die juristische Sachverhalte zu beschränken. Das Tier unterliegt als Lebewesen einem besonderen Schutz.

3.9 Effektive Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution

Das von der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 stammende Prostitutionsgesetz (ProstG) legalisierte in Deutschland das Geschäft mit der käuflichen Liebe. Dadurch ermöglichte Deutschland indirekt die legale Ausbeutung und Versklavung von Prostituierten.

Die rechtlichen Gegebenheiten, die es selbst verurteilten Menschenhändlern erlaubt, ein Bordell zu betreiben, sind vollkommen inakzeptabel. Hinzu kommt, dass durch die EU-Osterweiterung die Zahl der ausländischen Prostituierten im Lande Bremen stetig steigt. Als Folge dessen ist es für die Behörden aufgrund sprachlicher Barrieren schwierig, eventuelle Straftaten zu verfolgen und aufzuklären. Es sollte zudem nicht vergessen werden, dass die "herkömmliche Prostitution" nicht selten das Milieu für weitere erhebliche Straftaten (Beischlafdiebstähle, Rauschgifthandel, Waffen- und Falschgelddelikte usw.), bildet, die mit einem hohen Organisationsgrad begangen werden.

Die Alternative für Deutschland in Bremen setzt sich dafür ein, ein Konzessionssystem ähnlich dem der Gaststätten und Kneipen einzuführen, um dadurch den Betreibern klare Auflagen erteilen und diese im Falle eines Verstoßes ahnden zu können.

Ferner müssen den Behörden für alle Stätten, an denen Prostitution betrieben wird, im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten Betretungsrechte eingeräumt werden.

Wir befürworten eine Meldepflicht für Prostituierte sowie die Wiedereinführung einer verpflichtenden, anonymisierten Gesundheitsuntersuchung.

Das Angebot von Ausstiegshilfen für Prostituierte ist im Land Bremen und bundesweit auszuweiten.

3.10 Gewährleistung einer effektiven Arbeit der zuständigen Behörden

Die Politik des Bundeslandes Bremen hat den Sicherheitsbehörden im Laufe der Jahre unter dem Vorwand der Schuldenproblematik immer weitreichendere Kürzungen und den Abbau von Planstellen aufgezwungen. Die Folgen zeichnen sich indes immer stärker ab. Angehäufte Überstunden, offene bzw. unbearbeitete Verfahren, fehlende technische Ausstattung und Schließungen von Polizeirevieren sind nur ein paar Dinge, die dadurch zum Vorschein kommen. Um den Ansprüchen der Gesellschaft nach Sicherheit zu entsprechen, müssen die zuständigen Behörden und Institutionen (Polizei, Feuerwehr und Justiz) finanziell und materiell besser ausgestattet werden. Das Spardiktat bei Judikative und Exekutive muss ein Ende haben. Die bundesweite Schuldenbremse 2020 darf nicht dazu führen, dass die Sicherheit der Bürger Bremens noch mehr beeinträchtigt wird.

Für die Alternative für Deutschland in Bremen bedeutet dies konkret folgende Punkte:

Wir fordern Polizeidienststellen, welche 24 Stunden ausreichend besetzt sind, gerade in den Ortsteilen, in denen Reviere geschlossen wurden bzw. die nur noch zeitweise geöffnet sind. Die Wiederöffnung von Polizeidienststellen ist anzustreben.

Sogenannte „No-Go- Areas“ (rechtsfreie Räume), in denen Selbstjustiz vorherrscht und Parallelgesellschaften entstanden sind bzw. entstehen, müssen konsequent unterbunden werden. Dies ist nicht allein durch die Polizei zu bewerkstelligen, sondern muss politisch gewollt sein.

Den Sicherheitsbehörden ist eine zeitgemäße, technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Bei der Auswahl der Anschaffung sind sie aktiv mit einzubeziehen.

Zum Schutz vor Korruption und sinkender Arbeitszufriedenheit ist das Prinzip der leistungsgerechten Bezahlung wieder in den Vordergrund zu stellen. Speziell die Zuschläge für Nacht- und Feiertagsarbeit sind anzuheben.

Die Berufs- und Freiwilligenfeuerwehren sind unverzichtbarer Teil des Sicherheitsapparates des Landes Bremen. Sie leiden gleichermaßen unter dem Abbau von Personal und Einsparungen an Fortbildungen, Ausrüstung und Material. Laut eigener Aussage wurden in den letzten 20 Jahren trotz steigender Einsatzzahlen 200 Stellen im Land Bremen gestrichen. Dies führt zu einer nicht hinnehmbaren Mehrbelastung der Rettungskräfte und zwangsläufig zu Verstößen gegen die senatorischen Schutzziele (max. 10 Minuten bis zum Einsatzort), was im schlimmsten Fall zu Lasten der Gesundheit der hilfsbedürftigen Menschen geht. Die Verbesserung der Personaldecke und der technischen Ausstattung gilt daher ebenso unmissverständlich für die Mitarbeiter der Feuerwehren im Lande Bremen.

3.11 Abschreckung durch bedarfsorientierte Video-Überwachung

Wir befürworten eine bedarfsorientierte Video-Überwachung insbesondere in Problemzonen und im öffentlichen Nahverkehr, um so einen Abschreckungseffekt zu erzielen und

begangene Straftaten besser aufklären zu können. Als Positivbeispiel kann hierbei die seit 2005 stattfindende Videoüberwachung der Bremer-Diskomeile oder des Bahnhofsvorplatzes genannt werden. Die Zahl der dortigen Straftaten ist nach Einführung der Videoüberwachung zurückgegangen. Die zum Einsatz kommende Technik ist so zu verbessern, dass sie eine Aufklärung von Straftaten ermöglicht. Insgesamt ist die Video-Überwachung dabei auf das Notwendige zu begrenzen, um so das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger zu schützen.

3.12 Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus, Rassismus und Deutschlandfeindlichkeit

Die Alternative für Deutschland befürwortet unbedingt und vorbehaltlos die Bekämpfung von Rechtsextremismus und ethnischen und religiösem Rassismus. Wir stehen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und fordern ihre wirkungsvolle Verteidigung.

Rassismus taucht nicht nur in der rechtsextremen Szene auf, und er ist keine Einbahnstraße. Von den etablierten Parteien und Medien gerne verschwiegen wird die tatsächlich bestehende Deutschlandfeindlichkeit und somit gar ein mehr oder minder latenter Rassismus gegenüber Deutschen. Um Opfer von Rassismus zu werden, bedarf es keines Migrationshintergrundes. Die Grundlage für Rassismus, ein Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Gruppen, ist in Zuwandererkreisen mindestens in gleichem Maße vorhanden wie in der Mehrheitsgesellschaft. Ein weiteres Verschweigen dieser Tatsache führt zu einer Zunahme der objektiven und subjektiven Unsicherheit der Bürger. Toleranz bedeutet diesbezüglich nicht Tolerierung von Gewalt.

In gleicher Weise stellt der Linksextremismus eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und somit für die Innere Sicherheit dar. Die Prävention und Bekämpfung des Linksextremismus wird gegenwärtig stiefmütterlich behandelt, er wird im Lande Bremen offenbar geduldet. Vor dem Hintergrund der hohen Aggressivität und Gewaltbereitschaft der linksextremen Szene ist ein entschiedenes Gegensteuern überfällig. Politisch motivierte Taten, insbesondere auch gegenüber Polizeibeamten, sind konsequent zu verfolgen.

In der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit sind alle Formen des Extremismus, auch der Linksextremismus, zu benennen. Staatliche Förderungen von extremen Gruppen, z. B. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, sind unverzüglich einzustellen. Es ist ein Paradoxon, dass der Staat jene unterstützt, die offen gegen seine Grundwerte agieren.

Die Alternative für Deutschland in Bremen fordert Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst konsequent auszuschließen.

Ebenso fordern wir den Staatsschutz auf, sich mit der Unterwanderung der etablierten Parteien durch Extremisten zu befassen. Diese Parteien wiederum sollten sich im Sinne ihrer Glaubwürdigkeit aller Extremisten entledigen.

3.13 Bekämpfung des religiösen Extremismus

Jedem ist in Deutschland grundgesetzlich die freie Ausübung seiner Religion zugesichert, mit der Einschränkung, dass im Zusammenleben gewisse Grundwerte, die durch Verfassung und Gesetze zum Ausdruck kommen, zu respektieren und unbedingt einzuhalten sind. Jegliche religiöse Ausübung hat hinter dem deutschen Grundgesetz und seinen hierin verankerten Werten und Normen zurückzutreten. Religion bleibt Privatsache. Die Alternative für Deutschland in Bremen befürwortet unbedingt die in der Bremer Landesverfassung verankerte Trennung von Staat und Kirche.

Bremen hat sich zu einer Hochburg des extremen Islamismus entwickelt. Dieser Entwicklung ist konsequent entgegenzutreten. Salafisten und Fundamentalisten sind ein ernstzunehmendes Problem, weil sie zu einer Diskreditierung der friedlich in Deutschland lebenden Muslime beitragen. Auch aus diesem Grund sind verwaltungsseitig alle gesetzlich gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um Veranstaltungen von Salafisten und Hasspredigern zu unterbinden.

Die Alternative für Deutschland fordert: Null Toleranz gegenüber intolerantem Extremismus!

4 Integration und Zuwanderung

Eine Nation darf weder durch eine europäische Zentralisierung von außen noch durch eine unregelte Einwanderungspolitik von innen zerstört werden.

Es bedarf für alle Seiten einer Vorstellung von dem, was Deutschland fordert und was es an Vorleistung für die Einwanderer erbringen will. Dies kommt vor allem den Ausländern zugute, die hierher kommen. Das ist die einzige Willkommenskultur, die wir haben und brauchen: Unsere weltweit geachtete Deutsche Kultur als Leitbild.

Wir als Alternative für Deutschland geben in Deutschland allen Bürgern eine Stimme, die frei über Einwanderung reden wollen, denn die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung werden z. B. in Bremen missachtet.

Wir wollen aber auch und gerade den integrationsfreudigen Neubürgern mit ausländischen Wurzeln eine vernehmliche Stimme geben, um die deutsche Nation gemeinsam zu entwickeln.

Als Alternative für Deutschland verlangen wir insbesondere Beachtung für diejenigen eingewanderten Mitbürger, die nicht konfessionell organisiert sind und darum keine machtvolle Vertretung besitzen.

Die Einwanderungspolitik ist eines der bedeutendsten Zukunftsfelder. Sie muss mit allen Konsequenzen ausgeführt werden, die das Bekenntnis erfordert, mit den Problemen eines Einwanderungslandes konfrontiert zu sein.

Eine Konsequenz nach außen in die Welt hinein ist, dass das Einwanderungsland Deutschland eine weltweite deutsche Sprach- und Kulturpolitik und eine überzeugend kommunizierte Selbstdarstellung betreibt.

4.1 Kanadisches Modell

Eine innenpolitische Konsequenz ist, dass Deutschland eine Einwanderungspolitik mit klaren Regeln, z. B. nach kanadischem Vorbild, bekommt. Das Modell Kanadas ist eine Zusicherung, die besonderen Problemlagen der Einwanderer anzuerkennen. Keineswegs aber ist es ein Versprechen, dies zeitlich unbegrenzt zu tun. Ein nationales Eigeninteresse zu formulieren ist selbstverständlich. Der Sinn einer jeden Einwanderungspolitik und speziell der kanadischen ist der erfolgreich integrierte einzelne Einwanderer in eine wert einheitliche Nation. Die Vorstellung einer Leitkultur ist in allen angelsächsischen Ländern gegeben und in diesen Nationen nur unterschiedlich ausgeprägt.

Das bedeutet praktisch:

Wir brauchen auch für Deutschland ein passendes, einfaches Punktesystem zur Bewertung von Einwanderern aus aller Welt.

Auf einem Internetportal der Bundesrepublik Deutschland sollen sich alle Regionen und Bundesländer wie Bremen präsentieren können und ihr Profil für Einwanderer zeigen.

Eine strikte Anwendung des Asylrechts ist für die Akzeptanz von Einwanderung unabdinglich. Einwanderungsländer wie Kanada verfahren im Sinne des inneren Friedens in der

Asylpolitik nach klaren Regeln. Dass das Bundesland Bremen keine Ausreisepflicht durchsetzt, ist ein Skandal. Wir fordern im Namen aller anerkannten Flüchtlinge diesen Zustand zu beenden.

Die klaren Regeln einer künftigen Einwanderungspolitik müssen überall umgesetzt werden. Die bisherige Ausländerpolitik Bremens ist aufzugeben.

4.2 Religiöse Ausübung

Die religiöse Bekenntnisfreiheit ist ein hohes Gut. Sie hat sich aber nach den Buchstaben des Grundgesetzes zu richten. Die garantierte Glaubensfreiheit bezieht sich allein auf die religiöse Ausübung. Unser Rechtssystem, die Menschenrechte und das Grundgesetz müssen vorbehaltlos in allen Teilen von jeder Religionsgemeinschaft anerkannt werden.

Alle vom Ausland gesteuerten und verfassungsfeindlichen religiösen Zentren auf bremischem Boden sind aufzulösen.

Vor allem unsere muslimischen Mitbürger müssen darauf vertrauen können, in Bremen frei von z. B. wahabitischen und salafistischen Bestrebungen leben zu können. Vor allem den von Islamisten verfolgten Gruppen wie Aleviten und Aramäern ist Unterstützung zu gewähren.

Wir fordern ein generelles Burka- und Verschleierungsverbot für Bremen und ein striktes Kopftuchverbot in allen Bereichen des bremischen Öffentlichen Dienstes.

Wir sind gegen jeden Staatsvertrag mit islamischen Organisationen. Vielmehr muss die Zurückdrängung des Einflusses ausländischer islamischer Organisationen wie Milli Görüs, Fethulla Gülen, Ditib u.a. ein Staatsziel werden. Der Einfluss fremder Länder auf Moscheevereine und Islamverbände muss in Bremen unterbunden werden. Das Verbot der Finanzierung aus dem Ausland kann nur auf nationaler Ebene geregelt werden, aber muss auf lokaler Ebene erkämpft und durch Bundesratsinitiativen aus Bremen gefördert werden.

Wir wollen die Einführung eines verpflichtenden Faches „allgemeine Religionskunde“ im Unterricht in der Sekundarstufe. Um das abendländische Religionsverständnis und die wissenschaftliche und theologische Religionskritik zu fördern, auf nichtchristliche Religionen anwendbar zu machen, und um mit nichtchristlichen Religionen und deren Repräsentanten dialogfähig zu werden.

Ein Auftrittsverbot für ausländische Staatsoberhäupter auf bremischem Boden zwecks Wahlkampfveranstaltungen halten wir für selbstverständlich.

4.3 Organisation

Die Organisierung aller integrationsfreudigen Einwanderer ist voranzutreiben. Es bedarf der Stellungnahme von Einwanderern gegen die Integrationsindustrie, die dem deutschen Volk Einwanderer als homogene Masse vorstellt und multikulturelle Rechte einfordert. Wir fordern dagegen eine Herangehensweise, welche die Deutschen mit der Nationalkultur derjenigen Menschen bekannt macht, die die Haupteinwanderungsströme ausmachen, um hieraus passende Integrationsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Nationalstaat der Deutschen ist die emotionale Heimstatt für alle hier lebenden Menschen.

4.4 Pädagogische Aufbereitung Welterfahrung

Deutschland mit seiner vielhundertjährigen Erfahrung in Multireligiosität, erfolgreicher Einwanderung und Integration und einer völlig unterschätzten Bedeutung in der Geschichte der Weltentdeckungen kann zu einem Einwanderungsland par excellence entwickelt werden. Mit einem starken Selbstbewusstsein und unter Nutzung seines historischen Erbes als führende Handels- und Forschungsnation.

Dieses historische Erbe soll Teil des Selbstbildes Deutschlands werden. Mit seiner historisch ererbten Weltoffenheit und geopolitischen Weltstellung kann es sich als Land der Hoffnung und Zukunft geltend machen.

4.5 Einwanderer für Deutschland

Die in der Alternative für Deutschland organisierten Deutschen mit "Migrationshintergrund" rufen unsere eingewanderten Mitbürger dazu auf, gegen den missverstandenen Multikulturalismus, die nicht vorhandene Einwanderungspolitik und gegen die forcierte Islamisierung, zu kämpfen. Auch Mitbürger islamischen Glaubens sollen in der Alternative für Deutschland eine Möglichkeit finden, mit ihren Erfahrungen für ihre Herkunftsgruppen Lösungen anzubieten. Zum Wohle Deutschlands und seiner Einwanderer.

4.6 Multikulturalismus und Nation

Besonders Einwanderer brauchen Orientierung in der und durch die neue Gesellschaft, in welche sie eingewandert sind.

Das multikulturelle Modell in angelsächsischen Ländern trägt dem durchaus teilweise Rechnung. Es ist als Einladung an die Einwanderer zu verstehen, eine Zeit der Orientierung zu haben, es ist aber keineswegs eine Einladung, sich niemals anpassen zu müssen.

Der Multikulturalismusbegriff kann auf Gesamteuropa durchaus fruchtbar angewandt werden. In Ergänzung und im Unterschied zum kanadischen Modell kann eine alternative Vorstellung eines multikulturellen Europas entwickelt werden, welches die europäische Tradition der Nationalstaaten berücksichtigt. Die einzelnen Nationalstaaten könnten als Teil einer multikulturellen Identität Gesamteuropas angesehen werden. Dieser Gedanke befriedigt das Streben nach einer gemeinsamen Identität Europas wie das selbstverständliche Beharren auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die multikulturelle Identität Europas verwirklicht sich in der Existenz der Nationalstaaten. Jeder Versuch, die Nationalstaaten aufzulösen, richtet sich gegen die Identität Europas.

Wir wollen die weltoffenen Anteile Deutschlands stärken und lehnen jede aufgesetzte multikulturelle Ideologie ab. Wir wollen Einwanderer mit einbeziehen. Sie dürfen nicht Opfer gesellschaftlicher Experimente werden.

Resümee

Den Profiteuren des Wohlstandsgefälles in Europa müssen dagegen Grenzen aufgezeigt werden. Die Europäischen Verträge müssen geändert und über Einwanderung darf nicht in Brüssel entschieden werden.

Nur selbstbewusste Kulturnationen können Integrationskraft gewinnen, diese Vielfalt Europas muss daher auch im Sinne der Einwanderer erhalten bleiben.

"Andersartigkeit ist nur hinzunehmen, solange sie das friedliche Zusammenleben der Menschen in diesem Land nicht gefährdet." (Serap Celili, 50 Jahre verlorene Integrationspolitik, 20.10.2013.)

5 Lebendige Demokratie

"Wir wollen mehr Demokratie wagen"¹. Die Politik muss ihre Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, dass jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.

Die Wahlbeteiligung sinkt, den Parteien laufen die Mitglieder davon. Die Bürger kehren der Politik den Rücken zu, weil immer wieder Politiker in Deutschland grundlegende Entscheidungen treffen, ohne das Volk zu fragen.

Jene Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen, müssen aber auch verstehen, dass auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben.

Die Arbeit des Parlaments und der Parteien bleibt unentbehrlich; aber ergänzend sollen die Bürger die Möglichkeit haben, durch Volksbegehren und Volksentscheide einzugreifen und punktuell politische Fragen selbst zu beantworten.

Was in der Schweiz, in vielen US-Bundesstaaten und in einigen deutschen Ländern und Gemeinden funktioniert, könnte auch in Bremen zur Verteidigung und Verbesserung unserer Demokratie beitragen. Die AfD fordert Volksbegehren und –entscheide: (a) für Bundesangelegenheiten (b) für Landesangelegenheiten (c) für kommunale Belange.

Mitbestimmung und Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine wichtige Kraft in den nächsten Jahren sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Aber wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Die Alternative für Deutschland sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die in diesem Land Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Dies gilt nicht zuletzt für die Gewerkschaften, an deren vertrauensvolle Zusammenarbeit wir interessiert sind. Ebenso offen stehen wir als Alternative auch „alternativen“ Lebensentwürfen gegenüber.

Bremen allerdings ist zur Hochburg doktritärer linker Bewegungen geworden, die die Bremer Diskurse wie in den 70er-Jahren erstarrt erscheinen lassen. Die so wichtige Kritik an der EU, an der Hegemonialpolitik der USA, am sogenannten Freihandelsabkommen und der Hetze gegen Russland braucht eine kompetente Partei, die diese Felder sachlich kommuniziert.

Diese Kritik muss eingebettet sein in eine notwendige Veränderung unseres Bundeslandes, das in vielen Bereichen anderen Bundesländern in der Anwendung der demokratischen Mittel, wie Volksentscheiden, hinterher hinkt.

Eine thematische Befreiung von politischer Korrektheit und eine funktionale Öffnung der Politik in unseren beiden Städten gegenüber volksherrschaftlichen Elementen ist unser Ziel.

¹ Willy Brandt

5.1 Informationsfreiheit und Transparenz

Wir sind auf Verwaltungsebene für die Einführung eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild. Dieses sieht z. B. eine Vertragsoffenlegung vor, die öffentliche Belange berühren. Vor allem der zeitliche Vorlauf politischer Entscheidungen kann so vom Bürger besser begleitet werden. Obwohl es in Bremen bereits ein Informationsfreiheitsgesetz und ein Informationsregister gibt, werden für die Öffentlichkeit interessante Dokumente unter Verschluss gehalten. Selbst Bremerhavener Stadtverordneten wird der Zugang verweigert. Der Zugang zu solchen Informationen ist aber eine Voraussetzung für eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung.

5.2 Neue Wege und Finanzierung im Kampf gegen Extremismus

Extremismus ist nicht nur von rechts eine Bedrohung. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung von Forschungen über islamistische Tendenzen und Linksextremismus. Bremen sollte sich zu einem Zentrum dieser Forschungen entwickeln, da wir bisher nur ein Zentrum dieser Tendenzen sind. Besondere Unterstützung wollen wir antiextremistischen Initiativen von Migranten zukommen lassen. Es stünde Bremen gut an, bundesweite Initiativen in unserem Bundesland zu bündeln und dies Engagement zu würdigen. Es sollten z. B. die zahllosen kaum bekannten Internetseiten auf einem „Bremer Portal gegen Islamismus“ zusammengefasst werden.

Bei allen politischen Initiativen, die mit Steuermitteln unterstützt werden, sind wir für die Wiedereinführung einer Demokratieerklärung in Bremen, nachdem Bundesministerin Schwesig dieses wichtige Element im Kampf gegen den Extremismus auf Bundesebene abgeschafft hat (Extremismus Klausel). Gruppierungen, die sich z. B. beim "Kampf gegen Rechts" diskriminiert fühlen, wenn sie sich zum Grundgesetz bekennen sollen, entlarven sich selbst, wenn sie eine solche Erklärung ablehnen.

5.3 Abschaffung des parlamentarischen Einspruchsrechts in Finanzfragen

Die bremische Bevölkerung ist auch in Budgetfragen des Landeshaushaltes der Souverän. Wir fordern daher die Abschaffung des parlamentarischen Einspruchsrecht über Finanzfragen bei Volksentscheiden (parlamentarischer Finanzvorbehalt / Art. 70 Abs. 3 Bremer Landesverfassung).

Das parlamentarische Einspruchsrecht in Finanzfragen verbietet in der Regel Volksabstimmungen über Politiker-Gehälter, Pensionen usw. oder gibt dem Parlament die Möglichkeit zu entscheiden, ob ein Volksentscheid nicht zu stark in die Finanzplanung eingreift.

Dieses in allen Bundesländern vorhandene Instrument ist eine unserem Verständnis von Demokratie widersprechende Bestimmung. Wenn das Parlament in Finanzfragen die Entscheidung des Volkes verhindern, verbieten oder verändern kann, dann ist der Grundsatz der Volksherrschaft ausgehebelt. In einer Demokratie dient das Parlament als Unterstützungsinstrument der Willensbildung des Volkes und der Kontrolle der Verwaltungseinrichtungen durch das Volk.

In allen Landesverfassungen ist dieses parlamentarische Finanz- Veto wiederzufinden: So in Berlin: Art. 62 Abs. 2, Bremen: Art. 70 Abs. 3; Hamburg: Art. 50 Abs. 1 S. 2, Niedersachsen: Art. 48 Abs. 1 S. 3, in Schleswig-Holstein: Art. 41 Abs. 2.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Parlamente ihre Macht selbst beschränken werden. Deshalb erscheint das einzig erfolgreiche Instrument zur Abschaffung ein Volksentscheid selbst zu sein. Da es sich um Volksabstimmungen über Bestimmungen aus den Landesverfassungen handeln würde, ist eine große Mobilisierung der Wählerschaft von mindestens 40% nötig, was eine sehr hohe Hürde darstellt.

5.4 Abschaffung einer verpflichtenden Mindestwahlbeteiligung bei Volksentscheiden

Wir fordern zugleich die Abschaffung einer verpflichtenden Mindestwahlbeteiligung bei Volksentscheiden (Quoren/ Art. 72 BremVerf) auf Landesebene und die Ablehnung dieser Quoren bei der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zu Volksentscheiden auf Bundesebene.

Die verfassungsrechtlichen Rahmenbestimmungen für Volksentscheide sollten so beschaffen sein, dass sie die bürgerliche Tätigkeit zum Wohle der Gemeinschaft nicht erschweren. Die Praxis zeigt, dass aufgrund von Quoren die Gegner einer Initiative dazu aufrufen nicht am Volksentscheid teilzunehmen.

Die Abschaffung der verpflichtenden Mindestwahlbeteiligung würde zu einer Aktivierung der Bevölkerung führen, weil dadurch das tatsächliche Ergebnis verpflichtend sein würde. Sowohl Gegner wie Befürworter einer Volksinitiative wären zur Mobilisierung des Souveräns gezwungen, um ihr gewünschtes Ergebnis herbeizuführen.

Wir übernehmen damit die übliche Praxis in den Parlamenten, bei Abwesenheit der Mehrheit der Abgeordneten rechtsverbindliche Entscheidungen zu treffen.

5.5 Direktwahl und Stärkung des Präsidenten des Landesrechnungshofes

Wir fordern in Bremen die Direktwahl des Präsidenten des Landesrechnungshofes. Dieser soll ferner in der Auswahl seiner Mitarbeiter frei sein. Außerdem sollten die Befugnisse des Rechnungshofes so ausgeweitet werden, dass er Misswirtschaft effektiv bekämpfen kann. Dafür ist er mit den notwendigen rechtlichen Mitteln und mit einem Anklagerecht auszustatten.

Eine parlaments- und regierungsunabhängige Untersuchung der Staatsfinanzen, sowie die effektive Unterbindung von Steuerverschwendung haben für Bremen eine sehr hohe Bedeutung. Die Bürger müssen sich ein der Wirklichkeit entsprechendes Bild über die öffentliche Finanzlage machen können, um in Wahlen und Abstimmungen richtig entscheiden zu können.

Die Rechnungshöfe können zur Zeit keine unabhängigen Untersuchungen über die öffentlichen Haushalte durchführen, weil sie von denselben Parlamentsmehrheiten gewählt werden, die die Regierungen wählen.

Durch die Direktwahl und der parlamentsunabhängigen Ausstattung können diese Verfehlungen behoben werden. Das Volk würde so die notwendige und unabhängige Informationsquelle über die Finanzen des Staates erhalten.

5.6 Gestaltungsbeirat

Wir fordern einen Gestaltungsbeirat, wie er in allen deutschen Großstädten Standard ist. Dieser Gestaltungsbeirat gibt engagierten Bürgern die Möglichkeit, die Baupolitik ihrer Stadt mitzugestalten. Die negativ das Stadtbild prägenden Bauten der letzten Jahre sind dem Fehlen eines solchen Beirates geschuldet.

5.7 Friedenspolitik

Das Bundesland Bremen sollte seine friedlichen Traditionen der Hanse, als Handelsstandort mit Verbindungen nach Osteuropa und im Bewusstsein der Bindungen der Auswandererstadt Bremerhaven zu den deutschen Wurzeln der USA in Zeiten der europäischen Krisen aktivieren.

Es wäre Aufgabe des Staates, die Souveränität Deutschlands zu wahren. Da dies nicht geschieht, ist ein aktiver bürgergesellschaftlicher Beitrag zu leisten, um die Einmischungen der USA in Deutschland ohne Antiamerikanismus zu bekämpfen. Bremen ist als erste Stadt des Kontinents, die diplomatische Beziehungen zu den USA hatte, dafür ein guter Ausgangspunkt. Eine aktive Pflege der Beziehungen zu den USA ist zu fördern. Wir glauben, dass ein Verweis auf den gewaltigen Beitrag der Deutschstämmigen in den USA die Brückenfunktion Deutschlands und Bremens zu Nordamerika stärken kann.

Wir fordern im Sinne von Bremens Freiheitstraditionen und im Sinne der Überlegungen großer Bremer Kaufleute und Senatoren, wie Duckwitz, freien Handel zwischen freien Nationen ohne Einbußen nationaler Souveränität und Gesetzgebung. Das sogenannte Freihandelsabkommen ist gerade deswegen scharf abzulehnen.

Die Mehrheit der Deutschen will gute Beziehungen mit Russland. Wir fordern Bremens Traditionen für den Ernstfall ein, der längst eingetroffen ist. Die EU ist zum Machtinstrument angeblicher westlicher Interessen verkommen. Es sind nicht Bremens Interessen, wenn sich die Beziehungen zu Russland verschlechtern und die alten Beziehungen Bremens zu Osteuropa nicht aktiviert werden. Partner wie Polen, Ungarn oder die Baltischen Staaten müssen in Deutschland einen unabhängigen Anwalt ihrer Interessen finden.

Um des Friedens willen ist Bremen als ein Zentrum von Deutschlandstudien zu entwickeln. Die Friedensbeiträge Deutschlands sind als bedeutender Beitrag zur menschlichen Zivilisationsgeschichte zu würdigen.

6 Schlusswort

Die programmatische Ausrichtung der Alternative für Deutschland deckt mittlerweile eine breite Palette von Themen ab, die in allen gesellschaftlichen Bereichen Lösungsansätze anbietet. Die AfD wird zielstrebig und unnachgiebig daran arbeiten, die in der Präambel benannten Ziele zum Wohle der Bürger des Landes Bremen und einer florierenden und zukunftsorientierten Wirtschaft durchzusetzen. Die AfD wird in ihrem Handeln durch Tun, Dulden, Unterlassen, immer davon geleitet sein, den demokratischen Rechtsstaat zu sichern, zu fördern, zu festigen und dadurch zu erhalten.

Wer diesen ehernen Grundsatz nicht bedingungslos bejahen kann oder ihn gar abschaffen will, handelt nicht im Sinne der AfD.

In seinem Programm zur Bürgerschaftswahl 2015 benennt der Landesverband Bremenspezifische wie auch bundespolitische Aufgaben, die zur Zufriedenheit der Wähler zu lösen sein werden.

Dazu sind aus unserer Sicht Rahmenbedingungen zu schaffen, die die grundsätzliche Aufgabenbewältigung in den Nationalstaaten belässt und nur das an die übergeordnete Instanz, nämlich die EU, abgibt, welches übergeordnete Bedeutung für alle EU-Bürger hat und nicht im kleinen nationalen Rahmen bewältigt werden kann.

Das Beharren auf dem Grundprinzip der Subsidiarität zwingt die Regierenden zur Verantwortlichkeit vor den Bürgern. Diese Verantwortlichkeit in unserem föderalen System kann nur auf Landesebene wahrgenommen werden.

In diesem Sinne ist für eine verantwortungsvolle, subsidiäre Aufgabenbewältigung im Bundesland Bremen dieses Wahlprogramm entwickelt worden.

DANKSAGUNG

Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, die sich engagiert bei der Erstellung des Wahlprogramms beteiligt haben.